SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in "sozialen Brennpunkten": eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen

Bell, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Bell, G. (2004). *Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in "sozialen Brennpunkten": eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen.* (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, 4/2004). Duisburg: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, Fak. für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Soziologie. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-117782

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DUISBURGER BEITRÄGE zur SOZIOLOGISCHEN FORSCHUNG

No. 4/2004

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“

Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein-Westfalen

von
Günter Bell

Herausgeber der „Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung“ ist das Institut für Soziologie. Kontaktadresse:

Universität Duisburg-Essen
Standort Duisburg
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
Institut für Soziologie
e-mail: sigurd.matz@uni-duisburg.de
Lotharstraße 65
D – 47048 Duisburg

Ein Verzeichnis aller bisher erschienenen Beiträge befindet sich im Anhang.

ISSN 0949-8516 (Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung)

Inhaltsverzeichnis:

Einleitung 1
1. Wirtschaftlicher und räumlicher Strukturwandel 4
2. Residentielle Segregation benachteiligter Bevölkerungsgruppen 5
2.1 Arbeiterstadtteile? 7
2.2 Armutsquartiere? 9
2.3 Ausländerghettos? 10
2.4 Residentielle Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen 12
2.5 Bewertung aktiver Desegregationsmaßnahmen 13
3. Leben in „Sozialen Brennpunkten“: Dortmund-Nordstadt und Duisburg-Marxloh 18
3.1 Bauliche und städtebauliche Charakteristik der Stadtteile 18
3.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung 18
3.3 Wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung 20
3.4 Sozialräumliche Strukturen in Duisburg-Marxloh 24
3.5 Soziale Charakteristik der Stadtteile 24
4. Kommunale Stadterneuerungspolitik 27
4.1 Programmhistorie 28
4.2 Ziele und Maßnahmen 30
4.3 Auswirkungen 34
5. Charakterisierung der Stadtteile und Bewertung der Stadterneuerungsmaßnahmen durch Kommunalpolitiker 37
6. Konsequenzen 39
Literaturverzeichnis 42
Tabellen 50

Einleitung

In der historisch einmaligen Situation der europäischen Nachkriegsprosperität konnte eine umfassende Wohlfahrtspolitik durchgesetzt werden. Dies war jedoch nach Einschätzung von Lutz einer unwiederholbaren Konstellation geschuldet, die durch eine überaus prosperierende Wirtschaftsentwicklung gekennzeichnet war.[1] Die vorübergehende Einhegung des Kapitalismus fand mit der Wirtschaftskrise 1973 ihr Ende. Sinkende Wachstumsraten und anhaltende Massenarbeitslosigkeit verdeutlichen seitdem, dass die Rückkehr zur Normalität des Kapitalismus mit dem Erwachen aus dem „kurzen Traum immerwährender Prosperität“[2] verbunden war.

Die Verschärfung der sozial-ökonomischen Gegensätze konnte über lange Zeit durch Förderprogramme und den gezielten Einsatz sozialstaatlicher Mittel stark gemildert werden. Spätestens Anfang der 1990er Jahre hatte sich die Situation der öffentlichen Haushalte aber so weit verschlechtert, dass die verfügbaren staatlichen Ressourcen nicht mehr ausreichten, „um dem Aufbrechen von Konflikten entgegenzuwirken“[3].

Die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Weichenstellungen sind als zunehmende Polarisierung der Gesellschaft nicht zu übersehen. Eine wachsende Zahl von Menschen wird gesellschaftlich an den Rand gedrängt und von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt. Diese Haushalte, Deutsche mit unterdurchschnittlichen Einkommen ebenso wie Migranten, konzentrieren sich in wenigen Stadtteilen, für die die Gefahr besteht, dass sie „ins Abseits geraten“[4]. Der soziale Sprengstoff, der in dieser Entwicklung liegt, ist unübersehbar. In diesen Stadtteilen laufen jedoch keine Sonderentwicklungen ab, vielmehr verdichten sich in ihnen die allgemeinen gesellschaftlichen Trends in einer spezifischen Art und Weise.[5]

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit und dem Erfolg der über Jahrzehnte hinweg betriebenen Stadterneuerungspolitik. Um eine Antwort auf diese Frage geben zu können, würde eine ausschließliche Betrachtung des jeweils konkreten Stadtteils eindeutig zu kurz greifen. Daher habe ich die Untersuchung der Stadtteile in eine umfassendere A-

---

1 Vgl. Lutz, Traum, 1984.

2 Lutz, Traum, 1984.

3 MASSKS NRW, Stadtteile, 1998: 5.

4 MASSKS NRW, Stadtteile, 1998: 5.

5 Vgl. Heitmeyer, Integrationsmaschine, 1998: 445.

nalyse eingebettet, in der die ökonomischen Umstrukturierungsprozesse, der soziale Wandel und die politische Regulation als Hintergrund der Entwicklungen beachtet werden.

Mein Ziel ist es gewesen, herauszufinden, warum die Bewohner benachteiligter Stadtteile trotz teils schon jahrzehntelang andauernder und millionenschwerer Stadterneuerungsprogramme nach wie vor unter Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung leiden und auch die interethnischen Konflikte nicht beseitigt werden konnten. Zudem ist es darum gegangen, Lehren zu ziehen und Anregungen für die Weiterentwicklung der Stadterneuerungspolitik, für die Konzeption und Zielrichtung zukünftiger Programme zu geben.

Die nordrhein-westfälische Konzeption der Arbeit in „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf" stand auch Pate beim 1999 etablierten Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt"[1]. Die nordrhein-westfälischen Erfahrungen bieten die Chance, die Praxis der integrierten Stadtteilentwicklung bereits aus einem gewissen zeitlichen Abstand heraus zu reflektieren und für die Konzeption des noch jungen Bund-Länder-Programms weitere Anregungen zu erhalten.

Zunächst mussten jedoch einige methodische Grundprobleme[2] gelöst werden:

- Um den Untersuchungsgegenstand trotz seiner *Komplexität* bearbeitbar zu machen, habe ich mich auf den Vergleich zweier in ihrer Struktur und Entwicklung vergleichbarer Altbauquartiere beschränkt: den Dortmunder Stadtbezirk Innenstadt-Nord und den Duisburger Stadtteil Marxloh.
- Für den hier erforderlichen kleinräumigen Untersuchungsansatz ist die vorhandene *Datenlage* oft ungenügend. Dadurch können ohne einen unvertretbar hohen zeitlichen und finanziellen Aufwand bei weitem nicht alle Daten beschafft und ausgewertet werden, die für diese Untersuchung wünschenswert gewesen wäre. Daher konnte ich mitunter Bewertungen nicht empirisch, sondern nur kausal begründen.
- Der *Einfluss externer Faktoren* auf die Veränderungen in den Stadtteilen ist kaum kalkulierbar; daher sind auch die Gründe ggfls. auftretender Erfolge oder Misserfolge häufig nicht eindeutig zuordenbar. Dies habe ich bei meinen Bewertungen jeweils in Rechnung gestellt.

---

1 Vgl. Walther, Stadt, 2002; Difu, Stadt, 2002.

2 Vgl. Zimmer-Hegmann, Evaluation, 2001: 2 ff.

Es handelt sich bei dieser Arbeit um einen Fall anwendungsbezogener empirischer Sozialwissenschaft und zugleich um einen Beitrag zu einer raumbezogenen Theorie sozialer Ungleichheit.[1] Ich habe Programme und Maßnahmen aus dem (im weiteren Sinne) Bereich der Stadterneuerung evaluiert, die in den Städten Dortmund und Duisburg in dem Zeitraum von Mitte der 1980er bis zum Ende der 1990er Jahre durchgeführt worden sind.[2] Die Untersuchung umfasst neben einer quantifizierenden Erfassung und Bewertung der sozialstrukturellen Veränderungen in den beiden Stadtteilen auch eine Analyse der definierten Programmziele und die durch die Programme herbeigeführten oder beeinflussten Veränderungen, vielleicht auch nur verhinderten Veränderungen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei diejenigen Programmziele und Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Sozialstruktur[3] der Stadtteile stehen. Es handelt sich also ausdrücklich nicht um eine bilanzierende Gesamtdarstellung und Bewertung der Programme.

Neben den allgemein zugänglichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema habe ich v.a. die vorliegenden Stadterneuerungsprogramme und ergänzende Dokumente (Beratungsprotokolle, Grundsatz-Aussagen der relevanten Akteure in anderen Zusammenhängen) ausgewertet. Zudem habe ich mit sechs Kommunalpolitikern persönlich Interviews geführt, die für diese Untersuchung ausgewertet worden sind.

Die Untersuchung ist in zwei Teile gegliedert: Im ersten, theoretisch angelegten Teil wird zuerst der wirtschaftliche und räumliche Strukturwandel untersucht (Kapitel 1), der für zahlreiche der konkreten Veränderungen vor Ort ursächlich ist. Zum Verständnis des Lebens in „Sozialen Brennpunkten“ sind auch die Erörterungen der Mechanismen, die zu einer Konzentration von Arbeitern, Armen und Migranten in diesen Stadtteilen führen (Konzept der „residentiellen Segregation“), und eine kritische Diskussion des statistischen und gesellschaftlichen Gehalts dieser drei Benennungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen erforderlich, die sich in Kapitel 2 anschließen.

Im zweiten, stärker empirisch angelegten Teil folgt eine Untersuchung des Lebens in „sozialen Brennpunkten“ am Beispiel des Dortmunder Stadtbezirks Innenstadt-Nord und des Duisburger Stadtteils Marxloh. In Kapitel 3 wird zunächst die bauliche und städtebauliche Charakteristik

---

1 Vgl. Dangschat, Lebensstile, 1994: 444.

2 Vgl. Kromrey, Evaluation, 1995: 313 ff.

3 Nach einer Definition von Geißler „umfaßt die Sozialstruktur die Wirkungszusammenhänge in einer mehrdimensionalen Gliederung der Gesamtgesellschaft in unterschiedliche Gruppen nach wichtigen sozial relevanten Merkmalen sowie in den relativ dauerhaften sozialen Beziehungen dieser Gruppen untereinander“, (Geißler, Sozialstruktur, 1996: 21) wobei er unter „sozial relevanten Merkmalen“ z.B. Beruf, Qualifikation oder Geschlecht versteht.

der beiden Stadtteile, die Struktur und Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtteilen und ihre wirtschaftliche und soziale Lage vorgestellt. Nach einer Darstellung der sozialräumlichen Strukturen schließt eine zusammenfassende soziale Charakterisierung der Stadtteile dieses Kapitel ab.

In Kapitel 4 schließt sich eine Untersuchung der kommunalen Stadterneuerungspolitik in den beiden Stadtteilen an. Nach einem kurzen Blick auf die Historie der Stadterneuerung folgt eine Untersuchung der definierten Ziele und der Maßnahmenprogramme. Im Mittelpunkt stehen hier die Programmbestandteile und benachbarte Politikfelder, die mittelbar oder unmittelbar auf die Sozialstruktur in den Stadtteilen Einfluss genommen oder die soziale Lage der Bewohner beeinflusst haben. Zum Abschluss des Kapitels werden die Auswirkungen untersucht und die Maßnahmen bewertet.

Inwieweit sich die soziale Charakterisierung mit der Auffassung der befragten Kommunalpolitiker deckt bzw. welche Charakterisierung der Stadtteile sie als zutreffend ansehen und wie sie die Stadterneuerungsmaßnahmen bewerten wird in Kapitel 5 vorgestellt.

Da die beiden konkreten Beispiele auf eine ganze Reihe von für „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ durchaus typischen Problemen verweisen, macht es Sinn am Ende eine Verallgemeinerung vorzunehmen und in Kapitel 6 Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Stadterneuerungspolitik auf Grundlage der Erfahrungen, die in den beiden untersuchten Stadtteilen gemacht worden sind, zu unterbreiten.

1. Wirtschaftlicher und räumlicher Strukturwandel

Die gegenwärtigen ökonomischen Restrukturierungsprozesse bringen neue Erscheinungsformen der räumlichen und sozialen Ungleichheit mit sich. Von Interesse für diese Untersuchung ist dabei v.a. der Prozess der Deindustrialisierung mit der Folge eines massiven Beschäftigungsabbaus in der Industrie, von dem insbesondere die einfachen manuellen Tätigkeiten betroffen sind. Besonders deutlich schlägt sich diese Entwicklung in traditionellen Industrieregionen nieder, deren Arbeitsmarkt zwar einen Überschuss an Arbeitskräften hat, die jedoch häufig nicht die von den prosperierenden Wirtschaftsbranchen gesuchten Qualifikationen haben.

In der Folge spalten sich die Stadtregionen in niedergehende oder stagnierende und weiterhin prosperierende auf. Die beiden Städte Dortmund und Duisburg, in denen die Untersuchungsgebiete liegen, gehören eindeutig in die erstere Kategorie: Trotz vielfältiger Anstrengungen der verschiedenen politischen Ebenen stagniert (in Dortmund) bzw. schrumpft (in Duisburg) die Bevölkerung und sinkt in beiden Städten die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Auch das Ruhrgebiet differenziert sich in „Verlierer-“ und „Gewinnerregionen“ aus und weist dabei eine enorm kleinräumige Differenzierung auf. Diese Differenzierung findet sich auch in den untersuchten Städten wieder. Im Fokus dieser Untersuchung stehen zwei Stadtteile, die in den sozialräumlich vielfach geteilten Städten beispielhaft für die von Krätke so genannte „Mieter-Stadt“ stehen, also Wohngebiete der gering entlohnten Arbeiter und Dienstleistungsbeschäftigten mit ungesicherten Arbeitsplätzen sind. In diese Gebiete eingestreut finden sich Straßenzüge und Baublöcke, in denen sich die Verarmten und Ausgegrenzten konzentrieren.[1]

2. Residentielle Segregation benachteiligter Bevölkerungsgruppen

Die Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen in bestimmten Teilräumen der Stadt kann mit Hilfe des Konzepts der „residentiellen Segregation“ beschrieben und analysiert werden.[2] Diese Segregation definieren Häußermann und Siebel aktuell als „ungleiche Verteilung der Wohnstandorte verschiedener sozialer Gruppen im städtischen Raum“[3] und als „Projektion sozialer Ungleichheit in den Raum“[4].

Eine der in diesem Zusammenhang kontrovers diskutierten Fragen ist diejenige, welche „Mischung“ der sozialen Gruppen anzustreben ist. Auf diese Frage kann nur dann eine produktive Antwort gegeben werden, wenn man erstens klärt, um welche Stadtteile es genau geht, zweitens von welcher Art der residentiellen Segregation man spricht und drittens welche Bevölkerungsgruppen „sozial gemischt“ wohnen sollen.

Zunächst fällt auf, dass die Bewertungen des Lebensalltags in benachteiligten Stadtvierteln stark voneinander abweichen. Während Krings-Heckemeier und Pfeiffer von „überforderten Nachbarschaften“[5] reden, sieht Alisch das Quartier demgegenüber als „Instanz sozialer Integration“[6], und auch Läpple spricht von ihm als einer „Ressource der Lebensbewältigung“[7]. Diese unterschiedlichen Bewertungen erklären sich zum Teil dadurch, dass unterschiedliche Typen benachteiligter Stadtteile untersucht worden sind. Ob die Handlungsspielräume für die Bewälti-

---

1 Vgl. Krätke, Stadt, 1995: 174 f.

2 Vgl. Dangschat, Lebensstile, 1994; ders., Stand, 1997; ders., Segregation, 2000; Friedrichs, Theorien, 1988; Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002; Herlyn, Segregation, 1974.

3 Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 31.

4 Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 33; vgl. auch: Heitmeyer, Integrationsmaschine, 1998: 446 ff.

5 GdW, Nachbarschaften, 1998.

6 Alisch, Stadtentwicklung, 2002: 45; vgl. auch: Alisch / Dangschat, Armut, 1998: 173.

7 Vgl. Jaspers / Läpple / Staubach, Handlungsansätze, 2000: 64; in ähnlicher Weise auch: Herlyn / Lakemann / Lettko, 1991: Armut: 29; Herlyn, Milieus, 2000: 157; Keim / Neef, Ausgrenzung, 2000: 263; Kapphan, Berlin, 2002: 175.

gung des Alltags tatsächlich verbessert werden können, hängt nämlich stark von der je verschiedenen materiellen Ausstattung der Stadtteile und von den konkreten sozialen Zusammenhängen und Kontakten ab. Sind z.B. geeignete Verdienstmöglichkeiten vorhanden (Gaststätten, Läden, Dienstleistungseinrichtungen etc. und eine heterogene Bevölkerungszusammensetzung), dann sind vielfältige Formen von Gelegenheitsarbeiten verbreitet.[1] Ob es gelingt, eine solche Arbeitsstelle zu erhalten, hängt wiederum von den sozialen Kontakten im Viertel ab, denn über sie erfährt man von manchen vorhandenen „Gelegenheiten" überhaupt erst. Solche Strukturen finden sich in der Regel eher in den innerstädtischen gründerzeitlichen Stadtteilen mit ihrer gemischten Nutzungsstruktur als in den Wohnsiedlungen am Stadtrand.[2]

Eine zur Klärung der Frage nach der Art der residentiellen Segregation wichtige Unterscheidung nehmen Häußermann und Siebel vor.[3] Sie betonen, dass der Zuzug von Migranten in ethnische Kolonien[4] bis zu einem gewissen Grad freiwillig erfolge, da die Stadtteile, in denen bereits eine größere Anzahl von Mitgliedern der eigenen Ethnie wohnen, den Neuankömmlingen vielfältige Vorteile böten. Diese freiwillige Form der Segregation bezeichnen sie als „*funktional*". Demgegenüber bezeichnen sie eine durch die Mechanismen des Wohnungsmarktes und eine misslungene Integration erzwungene, verfestigte Segregation als „*strukturell*".

Eine Antwort auf die Frage nach der „richtigen" sozialen Mischung der Bevölkerung zu erhalten wird durch die oftmals unzureichende Differenzierung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, deren Segregation gemeinhin als problematisch angesehen wird, erschwert.[5] Eine Unterscheidung zwischen sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation ist daher sinnvoll.

Um diese kontroversen Positionen zu der richtigen „sozialen Mischung" bzw. den Vor- und Nachteilen einer heterogenen Bevölkerungsstruktur bewerten zu können, werden im Folgenden zunächst Arbeiter, Arme und Migranten als drei der typischerweise in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf überdurchschnittlich häufig anzutreffenden benachteiligten Bevölkerungsgruppen näher beschrieben. Daran anschließend soll dann eine erste Bewertung einer auf

---

1 Vgl. Herlyn / Lakemann / Lettko, 1991: Armut: 185 ff.; Boettner / Tobias, Hand, 1992: 30 ff.; Blasius / Friedrichs, Wohngebiete, 2000: 159 ff.; Kapphan, Berlin, 2002: 166 ff.

2 Da von mir zwei gründerzeitliche Stadtteile untersucht wurden, kann dieser Unterscheidung nicht weiter nachgegangen werden.

3 Vgl. Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 62 ff.

4 Zur Erläuterung dieses Begriffs: Vgl. Kapitel 2.3.

5 Vgl. Dangschat, Zusammensetzung, 1991: 17.

Desegregation abzielenden Politik vorgenommen werden. Sowohl die Beschreibung der drei Bevölkerungsgruppen als auch die Bewertung der Desegregationspolitik werden dann als Grundlage der sich anschließenden Untersuchung der beiden ausgewählten Beispielstadtteile dienen.

2.1 Arbeiterstadtteile?

Angesichts der vielfach behaupteten Entwicklung der deutschen Gesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft einerseits und der Ausgrenzung einer größer werdenden Anzahl von Menschen aus dem Arbeitsprozess andererseits werden Stadtteile, in denen v.a. Arbeiter und ihre Familien wohnen, als Relikte der Vergangenheit angesehen, die nur noch in Ausnahmefällen bestehen. Bevor der Frage nachgegangen werden kann, ob wir bei genauem Hinsehen nicht doch mehr Arbeiterstadtteile vorfinden als zunächst unterstellt, muss jedoch zuvor der Begriff „Arbeiter" geklärt werden. Er wird in zwei verschiedenen Weisen verwendet: zum einen in Sinne der sozialversicherungsrechtlichen Stellung, zum anderen als Kategorie der Klassenanalyse.

Der Stellenwert der sozialversicherungsrechtlichen Stellung wird deutlich, wenn man den gesellschaftlichen Wandel im Spiegel der Daten zur Berufs- und Qualifikationsstruktur betrachtet. Von einem „Ende der Arbeitsgesellschaft" kann nicht die Rede sein; die Bevölkerung zieht sich nicht nur nicht aus der Arbeit zurück, sondern drängt immer mehr in die Erwerbstätigkeit. Dies findet seinen Ausdruck sowohl in der absolut steigenden Zahl der Erwerbstätigen (von 26,19 Mio. 1960 auf 30,01 Mio. 2000) als auch in einer steigenden Erwerbsquote (von 47,7 % 1960 auf 48,2 % 2000). Beides wird v.a. durch die sich erhöhende Erwerbsbeteiligung der Frauen verursacht.[1] Auch sollte angesichts der häufig zu hörenden Selbstbeschreibung der deutschen Gegenwartsgesellschaft als „Dienstleistungsgesellschaft" daran erinnert werden, dass „nach wie vor (und aller Voraussicht nach auch zukünftig) große Teile der Erwerbstätigen in zumindest indirekt produktiven Branchen, Berufen und Tätigkeiten von großer wirtschaftlicher Bedeutung tätig sind"[2] und es auch zukünftig eine große Zahl arbeitender Menschen geben wird, „die (in veränderter Form) dem entsprechen, was bisher ‚Arbeiter' genannt wurde"[3]. Stärker als bisher wird jedoch zu beachten sein, dass v.a. die gering qualifizierten Hilfs- und Restarbeitsplätzen überproportional von Ausländern und/oder Frauen besetzt werden.[4]

---

1 Statistisches Bundesamt, Datenreport, 2002: 89. Alle Angaben beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet.

2 Voß / Dombrowski, Qualifikationsstruktur, 1998: 70.

3 Voß / Dombrowski, Qualifikationsstruktur, 1998: 70 f.

4 Koch weist darauf hin, das die Arbeiterklasse zum größten Teil „Arbeiterinnenklasse" ist, denn in allen Kohorten finden sich Frauen bevorzugt in den unteren Regionen des Beschäftigungssystems wieder. (Koch, Strukturwandel, 1994: 137)

Welche Bedeutung der Verwendung der „Arbeiter“ als Kategorie der Klassenanalyse noch zukommt, hat z.B. das von dem US-amerikanischen Soziologen Erik Olin Wright initiierte „Comparative Project on Class Structure and Class Consciousness“[1] herausgearbeitet. Das große Verdienst des Wrightschen Klassenmodells besteht darin, dass es nicht nur empirisch überprüfbare Hypothesen über die Zugehörigkeit der Menschen zu Klassen entwickelt hat, sondern dass das Modell auch dazu in der Lage ist, Einkommens- und Einstellungsunterschiede zu erklären und damit relativ homogene soziale Positionen abzustecken. Zumal für Deutschland hat das Forschungsprojekt ergeben, dass Klassenmodelle in der Lage sind, bestehende Ungleichheiten zu erfassen.[2] Dies spricht nach Meinung von Erbslöh u.a. für eine Beibehaltung des Klassenbegriffs[3] – eine Einschätzung, der ich mich anschließen möchte.

Die auf Grundlage des Klassenstrukturmodells von Wright ermittelte Arbeiterklasse unterscheidet sich von den Arbeitern im sozialversicherungsrechtlichen Sinn sowohl qualitativ, weil sie u.a. auch einfache Angestellte umfasst, als auch quantitativ, weil sie eine größere Personenzahl umfasst: So machte der Anteil der sozialversicherungsrechtlichen Arbeiter an den Erwerbstätigen im Jahr 1990 37,4 %[4] aus, damit lag er 14,8 Prozentpunkte niedriger als der Anteil Arbeiterklasse an den Erwerbstätigen.[5] Es ist also grundsätzlich sinnvoll, bei Untersuchungen zwischen den beiden unterschiedlichen „Arbeiter“-Begriffen zu unterscheiden. In meiner eigenen Untersuchung konnte ich diese Unterscheidung nicht vornehmen, weil die erforderliche Datenbasis auf Stadtteilebene nicht zur Verfügung steht.[6] Daher wird im Folgenden nur mit den Arbeitern im sozialversicherungsrechtlichen Sinne argumentiert.

---

1 Vgl. Wright, Class Counts, 1997; vgl. auch: Wright, Classes, 1985.

2 Vgl. Erbslöh / u.a., Klassengesellschaft, 1990: 200; auch: Hagelstange, Klassenkonzept, 1998; Holtmann / Strasser, Klassen, 1990.

3 Vgl. Erbslöh / u.a., Klassengesellschaft, 1990: 200 f. Sie stellen allerdings auch ausdrücklich klar, dass damit nicht die Behauptung aufgestellt wird, der Klassenbegriff sei in der Lage, alle zentralen Ungleichheiten fortgeschrittener Industriegesellschaften zu erfassen oder gar zu erklären. „[Wir] nehmen [...] für den Klassenbegriff *nicht* in Anspruch,“ – so Erbslöh u.a. – “er sei die einzige mögliche Kategorie für die Analyse sozialer Ungleichheit. Wir sagen nur, daß der Klassenbegriff weiterhin nützlich ist, einen wichtigen Teil der sozialen Ungleichheiten zu verstehen.“ (ebd.: 202).

4 Vgl. IDW, Deutschland, 2001: 13.

5 Vgl. Hagelstange, Klassenkonzept, 1998: 48.

6 „Eine wichtige Ursache für die fehlende Segregationsforschung in der BRD dürfte sein, daß die für Teilgebiete in den Städten verfügbaren Daten der Volkszählung nicht nach Berufen oder Berufsgruppen, sondern nur nach der Stellung im Beruf differenziert sind.“ (Friedrichs, Stadtanalyse, 1983: 217)

2.2 Armutsquartiere?

Bilden sich in einzelnen Stadtteilen tatsächlich „deutliche Konturen von Armutsghettos heraus“[1], wie Voscherau dies alarmierend im Manifest der Oberbürgermeister formuliert? Deutlich erkennbar ist zumindest erstens eine Zunahme der ökonomischen Ungleichheit, zweitens eine Tendenz der sozialen Ausgrenzung und drittens die Konzentration der hiervon Betroffenen in bestimmten Stadtteilen.

Die neuerliche Ausbreitung der Armut hat vielfältige Ursachen. Adamy und Steffen verweisen u.a. auf „die unzureichende Höhe oder die mangelnde Möglichkeit der Erzielung von Erwerbseinkommen bzw. den aus ihm abgeleiteten Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit“[2], das zu geringe Kindergeld und das unzureichende Wohngeld. Statt die arbeitslos Gewordenen zumindest ökonomisch aufzufangen, haben zahlreiche Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme – wie z.B. die schnellere Abdrängung Arbeitsloser vom Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe – einen Beitrag zur Ausbreitung der Armut geleistet.

Zur Charakterisierung dieser Wiederkehr der Armut als Massenphänomen ist oft von einer „neuen“ Armut die Rede. Dabei ist die „alte“ Armut durchaus nicht verschwunden, es gibt nach wie vor den „klassischen ‚Bodensatz’ einer extrem depravierten Armutsbevölkerung mit minimalen Handlungsmöglichkeiten und Selbsthilfepotentialen“[3]. Zur „angestammten Kundschaft der Sozialämter und Wohlfahrtsverbände“ haben sich mittlerweile jedoch auch Menschen gesellt, „die dort bis vor wenigen Jahren niemand erwartet hätte“.[4] Neu ist auch, dass die traditionelle Sicht, die in der Armut einen Zustand sieht, der dauerhaft ist, zumindest in Teilen korrigiert werden muss. Angestoßen durch die Ergebnisse der lebenslauforientierten Armutsforschung, hat in den letzten Jahren die zeitliche Dynamik der Armut mehr und mehr Beachtung gefunden. So kommt Leibfried zum Ergebnis, „daß Armutslagen ‚beweglicher’ sein dürften als bisher angenommen wurde: Armut ist häufig nur eine Episode im Lebenslauf und wird von einem großen Teil der Betroffenen aktiv bewältigt“[5]. Die zeitliche Dynamik der Armut und ihre Ausweitung auf bisher noch nicht betroffene Personengruppen, dürfen aber nicht den Blick dafür verstellen,

---

1 Voscherau, Großstadt, 1994: 77.

2 Adamy / Steffen, Abseits, 1998: 13.

3 Bieback / Milz, Armut, 1995: 12.

4 Adamy / Steffen, Abseits, 1998: 1.

5 Leibfried, Zeit, 1995: 9; kritisch hierzu: Butterwegge, Nutzen, 1996.

dass verschiedene Studien auch die Existenz eines „harten" Kerns von Langzeitbeziehern von Sozialhilfe bestätigen.[1]

Das Zusammenwirken von sozialen und ökonomischen Benachteiligungen führt zur Ausgrenzung von Individuen und Gruppen. Anhaltende Arbeitslosigkeit oder Armut schränkt die Möglichkeiten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben empfindlich ein. Sich diese Einschränkung als ein völliges Herausfallen aus allen gesellschaftlichen Zusammenhängen vorzustellen führt jedoch – Kronauer weist darauf hin – in die Irre.[2] Selbst Langzeitarbeitslose bleiben auf vielfältige Art und Weise in die gesellschaftlichen Prozesse einbezogen: als Mieter ihrer Wohnung, tagtägliche Käufer diverser Waren oder eben als Bezieher von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe.

2.3 Ausländerghettos?

Zur Charakterisierung der Sozialstruktur der benachteiligten Stadtteile wird häufig auch auf den hohen Anteil an ausländischen Bewohnern verwiesen. Die sozialstatistischen Befunde der Lebenslagen der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund[3] zeigen jedoch ein Bild, das Krummacher als „soziale Differenzierung bei anhaltender Unterschichtung"[4] bezeichnet. Einerseits nimmt die soziale Differenzierung der Migranten deutlich zu. Andererseits „haben Jahrzehnte der Einwanderungsrealität nichts daran geändert, daß große Teile der Einwanderer und ihrer Kinder [...] nicht nur politisch und rechtlich, sondern auch ökonomisch und sozial Wohn- und Wirtschaftsbürger ‚zweiter Klasse' geblieben sind"[5]. Angesichts der starken Differenzierung innerhalb der Gruppe der Migranten ist offensichtlich, dass Angaben über „Ausländerquoten" in den Stadtteilen nur einen geringen Bedeutungsgehalt haben. Während z.B. ein großer Teil der „Ausländer" schon seit Jahren oder Jahrzehnten in Deutschland lebt und integriert ist, sind Aussiedler statistisch nur schwer identifizierbar, verfügen jedoch häufig nur über unzureichende Deutschkenntnisse und haben große Integrationsschwierigkeiten.

---

1 Vgl. Bieback / Milz, Armut, 1995; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Lebenslagen, 2001; DGB / Paritätischer Wohlfahrtsverband, Armut, 1994; Farwick, Armut, 2001; ISK, Sozialbericht, 1994; Häußermann / Kapphan, Berlin, 2000; Kapphan, Berlin, 2002; Leibfried, Zeit, 1995; Vollmer, Bericht, 1996.

2 Vgl. Kronauer, Innen-Außen-Spaltung, 1999: 62.

3 Der Begriff „in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund" ist von der Sache her zutreffender als „Ausländer" oder „Migranten", da er sowohl die deutschstämmigen Aussiedler als auch die ehemaligen Ausländer, die mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, und die bereits in Deutschland geborenen Kinder der Migrantenfamilien umfasst. Der besseren Lesbarkeit wegen wird aber im Folgenden trotzdem in der Regel der Begriff Migranten verwendet. Bei der Analyse statistis cher Angaben, die die Kategorie „Ausländer" verwenden, lässt sich der Gebrauch des Begriffs jedoch nicht vermeiden.

4 Vgl. Krummacher, Zuwanderung, 2000: 324.

5 Vgl. Krummacher, Zuwanderung, 2000: 324; vgl. auch: Seifert, Bevölkerung, 1998; Treibel, Migration, 1998.

Die deutsche Gesellschaft steht vor der Aufgabe, die unterschiedlichen Gruppen von Migranten zu integrieren. Eine Integration kann dann als gelungen bezeichnet werden, wenn die Migranten an materiellen und kulturellen Gütern der Aufnahmegesellschaft in gleichem Umfang teilhaben wie die Einheimischen und wenn sie ein subjektives Zugehörigkeitsverständnisses zum sozialen Kollektiv der Aufnahmegesellschaft entwickelt haben.[1] Nach Hoffmann-Nowotny ist zu erwarten, dass diese Integration tendenziell um so besser gelingt, je größer die tatsächlichen Chancen der Migranten sind, sich in die Gesellschaft des Einwanderungslandes zu integrieren.[2] Demnach wirkt sich die soziale und rechtliche Stellung der Migranten am Rande der deutschen Gesellschaft hemmend auf deren Integration aus. Für das Gelingen der Integration der Migranten wäre vielmehr ihre sozioökonomische Gleichstellung die zentrale Voraussetzung, und hierfür kommt wiederum dem Zugang zu allgemeinbildenden Schulen und dem mit dem Schulbesuch verbundene Erlernen der deutschen Sprache entscheidende Bedeutung zu.[3]

Die *inter-ethnischen Kontakte* der Deutschen zu den in Deutschland lebenden Ausländern[4] haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich und kontinuierlich verbessert. Auch auf Seiten der Ausländer gibt es solche positiven Entwicklungen, v.a. im Bereich der Freizeitkontakte. Allerdings findet sich bei einem kleineren Teil der ausländischen Bevölkerung eine wachsende Tendenz, „die soziale Integration in die deutsche Gesellschaft nicht weiter voranzutreiben, sondern sich in die Lebenswelt der eigenethnischen Community zurückzuziehen“[5]. Nach wie vor ungünstig stellte sich hingegen der *sozio-ökonomische Status der Migranten* in Relation zur Aufnahmegesellschaft z.B. hinsichtlich der Indikatoren Einkommen, Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen und Bildungsabschlüsse dar. Ein Großteil der erwerbstätigen bzw. Erwerbsarbeit suchenden Migranten verfügt über eine geringere schulische und berufliche Qualifikation als ihre deutschen Kollegen, zahlreiche Migranten üben daher un- und angelernte Tätigkeiten aus, zudem sind sie überwiegend in der Industrie oder im Baugewerbe beschäftigt. Aufgrund dieser Beschäftigungsstruktur unterliegen die Berufschancen der Migranten stärker als die der Deutschen dem ökonomischen Strukturwandel. Daher ist es nicht verwunderlich, dass sie sehr viel stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als ihre deutschen Kollegen.

---

1 Vgl. Anhut / Heitmeyer, Desintegration, 2000: 45.

2 Vgl. Hoffmann-Nowotny, Gastarbeiterwanderungen, 1987: 61.

3 Vgl. Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 48 f.; Friedrichs, Stadtanalyse, 1983: 295 f.

4 Damit sind hier tatsächlich nur die Ausländer im formalen Sinne gemeint.

5 Anhut / Heitmeyer, Desintegration, 2000: 20.

Den Grund dafür, dass die Einwanderer auf so verschiedenen Dimensionen wie berufliche Stellung, Einkommen und Wohnsituation in die untersten Positionen der Sozialstruktur des Einwanderungslandes eintreten, sieht Hoffmann-Nowotny zum einen „in den manifesten Interessen des Einwanderungslandes [...], insbesondere unangenehme, gering bezahlte und prestigearme Berufskategorien mit Einwanderern zu besetzen“[1], zum anderen eine direkte Folge der im internationalen System bestehenden, Entwicklungsunterschiede. Die Einwanderer sind oft nur mit geringer Schulbildung und minimaler beruflicher Qualifikation ausgestattet. Mit ihnen schiebt sich unter die bestehende Sozialstruktur eine „ethnisch fremde und politisch weitgehend rechtlose Sozialschicht mit Merkmalen, die nicht mehr dem allgemeinen Entwicklungsstand der aufnehmenden Länder entsprechen“[2].

Dieser „Unterschichtungseffekt“[3] hat bewirkt, dass sich die Mobilitätschancen der einheimischen Bevölkerung erheblich verbessert haben. Die Zuwanderung schließt zugleich eine demografische und eine sozialstrukturelle Lücke, denn selbst unter Bedingungen wirtschaftlicher Stagnation werden ständig Positionen am unteren Ende der sozialen Hierarchie frei. Doch nicht alle Einheimischen können von dieser Entwicklung profitieren und die Mobilitätschancen nutzen. Diejenigen, die sie nicht oder nur in geringem Maße nutzen konnten, sehen sich „mit den Einwanderern auf dieselbe soziale Stufe gestellt und [interpretieren] diese Tatsache als relativen Statusverlust“[4]. Es kann daher nicht verwundern, dass sich in allen Einwanderungsgesellschaften soziale mit interkulturellen Konflikten überlagern. Dabei sind die Grenzen zwischen interkulturellen Konflikten, latenter Fremdenfeindlichkeit bis hin zu offenem Rassismus fließend.

2.4 Residentielle Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen

Die beschriebenen Prozesse ökonomischer Ausgrenzung hinterlassen „auch räumlich ihre Spuren“[5]. So kommt z.B. Keller zu dem Schluss, dass der Konzentrationsgrad von Arbeitern in Wohnsiedlungen zwar deutlich zurückgegangen sei, es aber gleichwohl auch heute noch Stadtteile mit bedeutenden Konzentrationen von Arbeitern gebe. Diese lägen nach wie vor überwiegend in der Nähe großer Industrieanlagen. Auch finden sich allerorts Armutsquartiere, in denen sich der Mangel an materiellen Möglichkeiten mit Stigmatisierungserfahrungen überlagert.

---

1 Hoffmann-Nowotny, Gastarbeiterwanderungen, 1987: 48.

2 Hoffmann-Nowotny, Gastarbeiterwanderungen, 1987: 49 f.

3 Hoffmann-Nowotny, Gastarbeiterwanderungen, 1987: 49 f.; vgl. auch: Geißler, Sozialstruktur, 1996: 224; Anhut / Heitmeyer, Desintegration, 2000: 24; Esser, Integration, 2001; Kunz, Immigration, 2001.

4 Hoffmann-Nowotny, Gastarbeiterwanderungen, 1987: 51.

5 Alisch, Stadtentwicklung, 2002: 38.

Die Migranten konzentrieren sich räumlich in den westdeutschen Ballungsräumen und Großstädten, und dort nochmals in bestimmten Stadtteilen. Um die Situation in diesen Stadtteilen zu begreifen, ist es sinnvoll, sich vor Augen zu halten, „wer zu wem unter welchen Voraussetzungen Kontakt hat“[1]. Denn die Migranten konzentrieren sich vor allem in solchen Quartieren, die als Orte sozialer Benachteiligung charakterisiert sind, und treffen dort in der Regel auf solche Deutsche, die ihrerseits die Verlierer des Strukturwandels sind. Die deutsche Mittelschicht hat sich der Situation längst durch Fortzug entzogen, die Deutschen aus unteren sozialen Positionen müssen jedoch weiterhin die Wohnquartiere mit den Migranten teilen. Und während die soziale Kohäsion unter den deutschen Bewohnern dieser benachteiligter Stadtteile schrumpft, gelingt es den Migranten immer mehr, sich zu etablieren und den Zusammenhalt in ihren Gruppen aufzubauen.[2] So kann es nicht verwundern, dass mancher aus der verbliebenen ärmeren deutschen Bevölkerungsgruppe die als Überfremdung wahrgenommen Veränderungen seiner Nachbarschaft als Bedrohung ansieht.[3]

Für solche Stadtteile hat sich mancherorts die Bezeichnung „Ausländerghetto“ eingebürgert. Der Begriff „Ghetto“ ist aus der US-amerikanischen Diskussion geläufig.[4] Friedrichs betont jedoch:

> „Definiert man [...] Ghetto als eine stadträumliche Teileinheit, die deren Bewohner freiwillig nicht verlassen *können*, so gibt es keine Ghettos in den deutschen Städten.“[5]

Zahlreiche Autoren sprechen statt dessen von „ethnischen Kolonien“. Solche Kolonien definiert Krummacher als „kleinräumig segregierte Wohngebiete [...], in denen hohe Wohnkonzentrationen von Migranten zur Herausbildung ethnischer Selbstorganisationen, Netzwerke, ethnischer Ökonomie und nichtgewerblicher Dienstleistungen geführt haben“[6].

2.5 Bewertung aktiver Desegregationsmaßnahmen

Nachdem nun die verschiedenen Bevölkerungsgruppen definiert und ihre räumlichen Konzentrationen skizziert worden sind, soll nun die Frage nach der „richtigen“ sozialen Mischung noch-

---

1 Vgl. Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 48.

2 Vgl. May, Etablierten-Außenseiter-Beziehung, 2001: 166 f.

3 Vgl. Dangschat, Gegensätze, 1998; GdW, Nachbarschaften, 1998: 33, 123; May, Etablierten-Außenseiter-Beziehung, 2001: 169.

4 Ghetto ist die historische Bezeichnung für behördlich erzwungene und räumlich beschränkte Judenquartiere. Der Begriff geht auf das Wohnviertel zurück, das der jüdischen Gemeinde 1516 in Venedig zugewiesen worden war. (Vgl. dtv-Brockhaus Lexikon, 1988: 23 f.)

5 Friedrichs, Konflikte, 1998: 255 (Herv. im Original); vgl. auch: Rütten, Integrationspolitik, 1998: 16.

6 Krummacher, Zuwanderung, 2000: 331; vgl. auch: Heckmann, Kolonien, 1998; Rütten, Integrationspolitik, 1998.

mals aufgegriffen werden. Während die Existenz von Arbeiterstadtteilen kaum einmal Gegenstand einer Debatte ist, wird über die Bewertungen von Armutsstadtteilen und ethnischen Kolonien intensiv diskutiert. Dabei gehen die Meinungen weit auseinander und folglich werden auch gegensätzliche Empfehlungen zum Umgang mit diesen Stadtteilen ausgesprochen: sie reichen von einer Duldung über behutsame Förderung bis zur Auflösung. In der weiteren Erörterung soll eine Unterscheidung zwischen sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation zur Klärung der Positionen beitragen.

Befürworter einer heterogenen *sozio-ökonomischen Mischung* der Wohnbevölkerung unterstellen, dass durch eine solche Mischung für die ärmeren Bevölkerungsgruppen Voraussetzungen zum sozialen Aufstieg geschaffen werden, weil sie die Gelegenheit bekämen, im Kontakt mit der (deutschen) Mittelschicht deren Verhaltensweisen und Normen kennen zu lernen und zu übernehmen.

Gegen diese Erwartungen sprechen jedoch erstens die aktuell fehlenden realen Aufstiegschancen für die ärmeren Bevölkerungsgruppen; zweitens die Erkenntnis, dass Interaktionen, die über die passiven Kontakte hinausgehen, eine gewisse Häufigkeit der Kontakte und die wahrgenommene Ähnlichkeit der Personen zur Bedingung haben. Fehlt die Ähnlichkeit, so überwiegen selbst bei enger räumlicher Nachbarschaft Momente der sozialen Segregation. In ungünstigen Fällen kann es sogar zu manifesten Konflikten kommen.[1]

Trotz dieser begründeten Einwände gegen überzogene Erwartungen an die positiven Effekte von sozio-ökonomisch heterogenen Wohngebieten ist jedoch zu beachten, dass – zumal in gründerzeitlichen Stadtteilen mit ihrer gemischten Nutzungsstruktur – vielfältige wohnungsnahe Verdienstmöglichkeiten bestehen, die insbesondere für die ärmeren Haushalte von großer Bedeutung sind, und zudem vielerorts die Erfahrung gemacht worden ist, dass diejenigen Bewohner, die die Stadtteilinteressen politisch artikulieren und für den Aufbau und die Aufrechterhaltung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Strukturen (vom Sportverein über die Kirchengemeinde bis zum Nachbarschaftsfest) unentbehrlich sind, in der Regel aus der Mittelschicht, der etablierten Arbeiterklasse oder dem studentischen Milieu kommen. Dort, wo homogene Armutsquartiere bestehen (oder entstehen), hat das Fehlen dieser Bevölkerungsgruppen deutlich negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bevölkerung. Stadtpolitisch ist daher die Auflösung bzw. die Vermeidung von Armutskonzentrationen ein sinnvolles Ziel.

---

[1] Vgl. Friedrichs, Stadtanalyse, 1983: 250; Dangschat, Zusammensetzung, 1991: 34.

Die Argumente kehren teilweise in der Diskussion um *ethnische Segregation* wieder. So zählt z.B. Heckmann u.a. folgende positive Funktionen der ethnischen Kolonien für die Migranten auf:[1]

- „Neueinwandererhilfe“ für Nachfolgende;
- Stabilisierung der Persönlichkeit aufgrund der Zugehörigkeit zur eigenkulturellen Gruppe in einer fremden Umwelt;
- kollektive Selbsthilfe bei der Bewältigung von Alltagsproblemen;
- Reproduktion und Wandel kulturspezifischer Sozialisation;
- Potential für kollektive Interessenvertretung.

Auch Häußermann betont, dass gerade die ethnischen Gemeinschaften dazu in der Lage seien, mittellose Neuzuwanderer aufzufangen und auf ihrem Weg zu einer gesicherten Existenz in der Stadt zu begleiten. Für ihn sind die ethnischen Kolonien daher „Orte der Eingewöhnung und des Übergangs“[2].

Gegensätzlicher Meinung ist hingegen Heitmeyer, der nachdrücklich auf ökonomische, politische und soziale Nachteile ethnisch segregierter Stadtteile hinweist und ihren Befürwortern vorwirft, wesentliche Aspekte der Situation verzerrt darzustellen.[3] So zeigten die vielfach beschworenen ethnischen Netzwerke erste Risse, die Konflikte innerhalb und zwischen den Migrantengruppen würden geleugnet und die Tendenz einer „Re-Ethnisierung“ des Lebensalltags der Migranten werde ignoriert. Alles in allem erschwere die Binnenintegration in diese ethnischen Kolonien die gesellschaftliche Integration der Migranten.

Das Votum für Segregation erscheint ihm daher als „sehr riskant, weil sie zur Verstärkung und Zementierung von Benachteiligungen insbesondere kleiner Minderheiten und zur Herausbildung von quasi ‚Parallelgesellschaften’ größerer Migrantengruppen [...] beiträgt“[4]. Aus diesem Grund betrachtet er die Kritik an einer Stadtpolitik, die Segregation zu vermeiden trachtet, mit Skepsis, denn gerade diese Politik halte „am Gedanken von Gleichheit fest, während eine auf Segregation ausgerichtete Argumentation die ‚kulturelle Differenz’ feiert und sich mit Ungleichheit abfindet“[5].

---

1 Vgl. Heckmann, Minderheiten, 1992: 96 ff.; zitiert nach: Krummacher, Zuwanderung, 2000: 331; vgl. auch: Heckmann, Kolonien, 1998: 34 f.

2 Häußermann, Zuwanderung, 1998: 149.

3 Vgl. Heitmeyer, Integrationsmaschine, 1998: 453 ff.

4 Heitmeyer, Integrationsmaschine, 1998: 464; gegen den Begriff „Parallelgesellschaft“ äußert u.a. Rütten Bedenken: vgl. Rütten, Integrationspolitik, 1998: 16.

5 Heitmeyer, Integrationsmaschine, 1998: 464 f.

Zur Klärung dieser strittigen Frage ist die von Häußermann und Siebel vorgeschlagene und bereits erwähnte Unterscheidung zwischen funktionaler, dynamischer und struktureller, verfestigter Segregation hilfreich.[1] Damit wäre die Segregation einer Bevölkerung nach ethnischen Kriterien danach zu bewerten, ob die ethnischen Kolonien nur „Übergangsinstitutionen“[2] darstellen, also dynamisch strukturiert und gegenüber der Mehrheitsgesellschaft durchlässig sind. Ist dies gegeben, dann könnten sie für die Integration der Migranten in die Mehrheitsgesellschaft positive Funktionen übernehmen. Während die einzelnen Migranten die Kolonie nach einem erfolgreichen Integrationsprozess wieder verlassen würden, könnte die Kolonie als Institution durch kontinuierliche Neueinwanderung jedoch durchaus auch langfristig erhalten bleiben. Sollte es den Migranten jedoch nicht gelingen, die mit der Einwanderung verbundenen Probleme zu lösen, z.B. weil sich die Mehrheitsgesellschaft verschließt und den Migranten Integration und Aufstieg verweigert, dann trüge dies zur Befestigung ethnischer Minderheitenlagen bei.[3] In solchen Fällen würden die ethnischen Kolonien zu statischen, dauerhaften und geschlossenen Gebilden, die „Segregation fördern und Ghettobildung vorbereiten“[4].

Es ist daher einerseits plausibel, wenn Häußermann und Siebel empfehlen, eine freiwillige, funktionale Segregation nicht zu behindern, den Übergang aus der Kolonie in die Mehrheitsgesellschaft aber mit allen Mitteln zu fördern.[5] Die Konsequenz dieser Empfehlung ist andererseits der Auftrag an die Stadtpolitik, strukturelle Segregation ethnischer Minderheiten zu verhindern bzw. aufzulösen.

Damit sind die Ziele der Stadtpolitik im Umgang mit sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation benannt: Erstere sollte aufgelöst bzw. vermieden werden, zweitere für den einen Fall, dass sie die Form einer freiwilligen, funktionalen Segregation hat, geduldet bzw. behutsam gefördert werden, der andere Fall jedoch, dass sich die ethnischen Kolonien zu statischen und geschlossenen Gebilden entwickeln, sollte verhindert werden. Was jedoch sind die geeigneten Mittel, mit denen die Kommunen diese Aufgaben verfolgen können?

Obwohl immer wieder das Ziel einer heterogenen Bevölkerungszusammensetzung propagiert wird, sind die angestrebten Bevölkerungsstrukturen mit planerischen Mitteln offensichtlich kaum

---

1 Vgl. Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 62 ff.; auch: Schubert, Integration, 1999: 10; Anhut / Heitmeyer, Desintegration, 2000: 41 f.

2 Vgl. Krummacher, Zuwanderung, 2000: 331; Heckmann, Kolonien, 1998: 35 f.

3 Vgl. Heckmann, Kolonien, 1998: 35 f.

4 Rütten, Integrationspolitik, 1998: 16.

5 Vgl. Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 63.

herstellbar.[1] Die realen ökonomischen und gesellschaftlichen Gegenkräfte setzen sich gegen alle planerischen Vorgaben immer wieder aufs Neue durch. Zu diesen Gegenkräften zählt u.a. der Wunsch einkommensstärkerer Haushalte, sich gegenüber ärmeren abzugrenzen und sie nicht als Nachbarn haben zu wollen. Dies findet einerseits seinen Niederschlag in den Vermarktungsschwierigkeiten von Eigenheimen und Eigentumswohnungen in den benachteiligten Stadtteilen und andererseits in dem Fortzug derjenigen Haushalte aus diesen Stadtteilen, die den sozialen Aufstieg geschafft haben. Eine aktive Desegregationspolitik wäre wohl nur dann erfolgreich, wenn sie auch repressive Maßnahmen einsetzen, also Zwangsumsiedlungen durchführen würde. Da dies jedoch mit demokratischen Grundrechten in Konflikt geraten würde und daher aus guten Gründen unterbleibt, ist die Desegregationspolitik ein „zahnloser Tiger". Dies bestätigt auch die Einschätzung von Alisch und Dangschat, dass „ein gesellschaftliches Problem, das sich in der räumlichen Konzentration sozialer Gruppen zeigt, nicht durch eine Dekonzentration gelöst werden [kann]"[2].

Den trotz des faktischen und allseits bekannten Scheiterns einer solchen Politik der Desegregation immer wieder aufs Neue unternommenen Versuchen, insbesondere Formen der funktionalen, freiwilligen Segregation der Migranten durch eine ethnische Zwangsmischung zu ersetzen, werfen Häußermann und Siebel denn auch vor, für die konkret betroffenen Migranten „eher schädliche Konsequenzen" zu haben, „denn die Instrumente, um Segregation zu vermeiden, bestehen vor allem aus Verboten (Quotierung, Zuzugssperre etc.), die die Spielräume der Migranten einengen, ihnen aber keine bessere Integrationsperspektive eröffnen"[3].

Die Stadtpolitik steht also vor einem Dilemma: Einerseits sollte sie Armutskonzentrationen auflösen und Übergänge aus ethnischen Kolonien in die Mehrheitsgesellschaft fördern, andererseits schwinden zusehends die Mittel, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, während die ökonomischen und gesellschaftlichen Trends auf eine Verstärkung sowohl der sozio-ökonomischen als auch der ethnischen Segregation hinwirken und die Integration der Migranten zunehmend erschweren.

---

1 Vgl. Dangschat, Zusammensetzung, 1991: 19; Musterd / Ostendorf / Breebaart, Segregation, 1997; Alisch / Dangschat, Armut, 1998: 174; Planerladen, Anti-Diskriminierungsprojekt, 1999: 76; Schubert, Integration, 1999: 15.

2 Alisch / Dangschat, Armut, 1998: 175.

3 Häußermann / Siebel, Differenzierung, 2002: 62. Häußermann vermutet sogar, dass diese Versuche „letztlich nur mit den fremdenfeindlichen Empfindlichkeiten der Deutschen zu begründen" seien. (Häußermann, Zuwanderung, 1998: 149)

3. Leben in „Sozialen Brennpunkten“: Dortmund-Nordstadt und Duisburg-Marxloh

Nachdem nunmehr zentrale Aspekte des ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Hintergrundes aufgezeigt worden sind, soll im Folgenden untersucht werden, wie sich dies in der Entwicklung zweier „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ niedergeschlagen hat. Zunächst werden die baulichen und städtebaulichen Merkmale der Stadtteile, ihre Bevölkerungsstruktur und deren Entwicklung, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und die sozial-räumlichen Strukturen erörtert, um auf dieser Grundlage eine zusammenfassende soziale Charakterisierung der Stadtteile vornehmen zu können.

3.1 Bauliche und städtebauliche Charakteristik der Stadtteile

Der Stadtbezirk Innenstadt-Nord, kurz: die Nordstadt, grenzt unmittelbar nördlich an die Dortmunder Stadtmitte, ist jedoch von einem Ring aus Industrie- und Verkehrsanlagen umgeben und dadurch von der übrigen Stadt räumlich isoliert. Die Nordstadt entstand als Wohnquartier für Arbeiter im Zuge der Industrialisierung des Dortmunder Stadtgebietes gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Nach den umfangreichen Zerstörungen während des Zweiten Weltkriegs war der Wiederaufbau durch werkseigenen Wohnungsbau gekennzeichnet. Der Wohnungsmarkt der Nordstadt ist in besonderem Maße durch mietpreisgünstigen Wohnraum und sozialen Wohnungsbau geprägt.[1]

Der Stadtteil Duisburg-Marxloh liegt weit im Norden des Duisburger Stadtgebiets, die Entfernung zur Innenstadt beträgt etwa 10 km. Zudem wird der gesamte Duisburger Norden durch die in Ost-West-Richtung verlaufende A 42 vom übrigen Stadtgebiet getrennt. Marxloh wurde überwiegend in der Zeit von 1880 bis 1910 errichtet und ist wie die Dortmunder Nordstadt stark durch die montanindustrielle Entwicklung geprägt.[2] Auch in Marxloh wohnt ein Großteil der Bevölkerung zur Miete: Nur rund 20 % der deutschen und 3 % der türkischen Befragten leben in ihrem eigenen Haus oder ihrer Eigentumswohnung.[3]

3.2 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung

In Dortmund verlief die Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahrzehnten uneinheitlich. Nach einem zwischenzeitlichen Tiefstand im Jahr 1986 stieg die Bevölkerung zunächst einige

---

1 Vgl. FOKUS, Konfliktmanagement, 1999; Staubach, Partnerschaften, 1995.

2 Vgl. Stadt Duisburg, Sonderprogramm Hamborn / Marxloh, 1991.

3 Vgl. Hanhörster / Mölder, Konflikt- und Integrationsräume, 2000: 357 f.

Jahre lang an, um im Jahr 1993 mit 609.758 Einwohnern wieder einen Höchststand zu erreichen. Seitdem sinkt die Einwohnerzahl kontinuierlich. Zum Ende des Jahres 2001 lag die Zahl mit 586.538 Einwohnern in Dortmund nur geringfügig über dem Tiefstand des Jahres 1986.[1] Auch die Bevölkerungszahl in der Nordstadt hat im Jahr 2001 mit 54.305 Einwohnern nur geringfügig über der Zahl des Jahres 1987 gelegen.[2]

Während die Gesamtzahl der Einwohner in Dortmund also relativ stabil ist, hat sich der Ausländeranteil von 8,3 % (1987) auf 12,7 % (2001) erhöht.[3] Der relative Zuwachs fiel in der Nordstadt zwar schwächer aus, allerdings von einem deutlich höheren Ausgangsniveau. Er stieg von 30,2 % (1987) auf 41,7 % (2001). Damit ist sie weiterhin der Dortmunder Stadtteil mit dem höchsten Ausländeranteil.

Während die Bevölkerungszahl in Dortmund und der Dortmunder Nordstadt über den Untersuchungszeitraum hinweg also fast gleich groß geblieben ist, schrumpfte die Bevölkerungszahl sowohl in Duisburg als auch in Duisburg-Marxloh. Nachdem Ende der 1980er Jahre noch Bevölkerungszuwächse verzeichnet werden konnten, ist der Trend seit dem Jahr 1992 negativ.[4] Als Folge dieser Entwicklung sind Ende des Jahres 2002 nur noch 507.457 Menschen mit Hauptwohnung in Duisburg gemeldet gewesen.[5] In Marxloh ist im Untersuchungszeitraum die Bevölkerungszahl um 2.680 Einwohner auf 18.564 (= -12,2 %) geschrumpft. Damit gehört Marxloh zu den Stadtteilen, in denen die relativen Bevölkerungsverluste besonders stark ausgeprägt waren.[6]

Der Ausländeranteil hat sich in Marxloh seit Jahrzehnten kontinuierlich erhöht: von 18,8 % (1975) über 27,8 % (1987) auf 34,7 % (2002). In Duisburg steigerte sich im selben Zeitraum der Anteil von 10,0 % (1975) über 11,9 % (1987) auf 15,1 % (2002).[7] Damit liegen die Werte 2002

---

1 Vgl. Anhang II, Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Dortmund.

2 Vgl. Anhang II, Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in der Dortmunder Nordstadt.

3 Es wurde bereits ausgeführt, dass Angaben über die Zahl und den Anteil der Ausländer in den Stadtteilen nur einen eingeschränkten Aussagewert haben. Trotzdem wird dieser Wert in vielen Untersuchungen verwendet. Wenn er auch hier angeführt wird, dann nicht deshalb, weil die bloße Tatsache, Ausländer zu sein, ein soziales Defizit darstellt, sondern weil das Sesshaftwerden der „Gastarbeiter" v.a. die Kommunen vor große sozialpolitische und gesellschaftliche Herausforderungen stellt. (Vgl. ISK, Sozialbericht, 1994: 46) Auch Blotevogel und Jescke weisen darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen einer Verschlechterung des sozialen Umfeldes und dem Anteil der Ausländer kein kausaler, sondern lediglich ein statistischer ist. (Vgl. Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Institut für Geographie, Determinanten, 2001: 92 [Fußnote 6]) Dies rechtfertigt eine Erörterung der Zahlen und Anteile der Ausländer und verdeutlicht, dass sie in einen Zusammenhang mit anderen Faktoren (Bildung, soziale Infrastruktur, Wohnungsnot etc.) gestellt werden müssen, wie dies im nächsten Kapitel erfolgt.

4 Vgl. Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Institut für Geographie, Determinanten, 2001: 5 ff.

5 Vgl. Anhang II, Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Duisburg.

6 Vgl. Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Institut für Geographie, Determinanten, 2001: 23; Anhang II, Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Duisburg-Marxloh.

7 Vgl. Stadt Duisburg, Sonderprogramm Hamborn / Marxloh, 1991: 4.

in Duisburg 2,4 Prozentpunkte über dem Dortmunder Vergleichswert, der Marxloher Wert liegt jedoch um 7,0 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert der Dortmunder Nordstadt. Die Konzentration der in Dortmund lebenden Ausländer auf die Nordstadt ist also vergleichsweise höher als diejenige der in Duisburg lebenden Ausländer auf Marxloh.

3.3 Wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Dortmunder Bevölkerung ist durch die Folgen des immensen Strukturwandels der letzten Jahrzehnte geprägt. Die alten „Führungsindustrien" Kohle, Stahl und Bier haben drastisch an Bedeutung verloren,[1] an ihre Stelle sind die unternehmensbezogenen Dienstleistungen und die haushaltsbezogenen Dienstleistungen getreten. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen in diesen Branchen konnte den Verlust der Arbeitsplätze in den traditionellen Bereichen jedoch bei weitem nicht auffangen. Ausdruck dieser Entwicklung ist der Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 198.935 (im Sept. 1988) auf 177.727 (im Juni 2001).[2] Auch die Arbeitsplatzsituation in der Nordstadt ist durch den Wegfall vieler Arbeitsplätze gekennzeichnet.[3]

Während in Dortmund bereits 1987 die Zahl der Angestellten, wenn auch geringfügig, höher lag als die der Arbeiter, war die Berufsstruktur der Nordstadt eindeutig durch die Arbeiter dominiert. Der Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen lag hier mit 62,3 % deutlich höher als in der Gesamtstadt. Hiermit im Zusammenhang standen der hohe Ausländeranteil an den in der Nordstadt wohnenden Erwerbstätigen und die Tatsache, dass 83,4 % der ausländischen Erwerbstätigen 1987 als Arbeiter (oder gewerbliche Auszubildende) beschäftigt waren. 2001 stellten die Angestellten in Dortmund mittlerweile die deutliche Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (58,8 %); in der Nordstadt dominierten hingegen nach wie vor die Arbeiter (62,2 %) die Berufsstruktur.[4]

---

1 Vgl. Europäische Union / MSWKS NRW, URBAN II, 2001: 45.

2 Vgl. Stadt Dortmund, Lebensraum, 2002: 16; Anhang II, Tab. 5: Vergleich der Erwerbstätigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (1987); Anhang II, Tab. 6: Vergleich der Erwerbstätigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001).

3 Vgl. Europäische Union / MSWKS NRW, URBAN II, 2001: 17 ff.

4 Bei dem Vergleich der Berufsstruktur in den Jahren 1987 und 2001 muss berücksichtigt werden, dass die Grundgesamtheiten in den beiden Jahren unterschiedlich sind. Die Daten für das Jahr 1987 sind Volkszählungsergebnisse; hier wurden Erwerbstätige, also alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, erhoben. Demgegenüber sind im Jahr 2001 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhoben worden. Die Erwerbstätigen umfassen zusätzlich zu den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitern und Angestellten auch die Beamten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. (Vgl. Voß / Dombrowski, Qualifikationsstruktur, 1998: 61 f.; Statistisches Bundesamt, Datenreport, 2002: 97) Die Abweichung beider Angaben voneinander ist nicht unbeachtlich: Während sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Nordstadt 1987 auf 17.623 belief, waren nur 15.981 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, also etwa 10 % weniger. Berücksichtigt man dies,

Im Zeitraum von 1990 bis 2001 hat sich die Zahl der arbeitslosen Dortmunder von 31.266 auf 36.188 erhöht. Noch dramatischer sieht die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei den Ausländern aus: Ihre Zahl hat sich in diesem Zeitraum von 3.528 auf 7.858 erhöht; ihr Anteil an den Arbeitslosen ist von 11,3 % auf 21,7 % gestiegen. In der Nordstadt lag die Arbeitslosenquote auch 2001 mit 23,1 % deutlich über dem Dortmunder Durchschnitt.[1] Der Anteil der Ausländer an den Dortmunder Arbeitslosen lag 2001 mit 21,7 % 9 Prozentpunkte höher als ihr Bevölkerungsanteil von 12,7 %. Demgegenüber lag ihr Anteil an den Arbeitslosen und ihr Bevölkerungsanteil in der Nordstadt in fast genau der gleichen Höhe: 41,5 % bzw. 41,7 %.

Legt man das zahlenmäßige Verhältnis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu Arbeitslosen zugrunde, dann ergibt sich folgendes Bild: In Dortmund stehen einem arbeitslosen Deutschen 5,7 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche gegenüber; in der Nordstadt beträgt dieses Verhältnis hingegen nur 1,0 : 2,5. Bei den Ausländern unterscheiden sich die entsprechenden Zahlen für die Gesamtstadt und die Nordstadt nur geringfügig (1,0 : 2,2 bzw. 1,0 : 2,0). Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Ausländer unabhängig von ihrem Wohnort in ganz Dortmund sehr viel stärker als die Deutschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Für die Deutschen gilt dies hingegen in einem besonderen Ausmaß für die Bewohner der Nordstadt. Wer als Deutscher in der Nordstadt wohnt oder in die Nordstadt zieht, gehört mit einer weit überproportionalen Wahrscheinlichkeit zu den von Arbeitslosigkeit Betroffenen.

Ende 2001 gab es in der Nordstadt 7.180 Empfänger von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt; darunter 3.238 ausländische Leistungsempfänger (= 45,1 % aller Leistungsempfänger). Dies bedeutet, dass 13,2 % aller Bewohner der Nordstadt zu diesem Zeitpunkt Sozialhilfe bezogen; unter der ausländischen Wohnbevölkerung lag diese Quote bei 14,3 %, also nicht wesentlich höher. Zudem erhielten knapp 5.000 Bewohner (= 9,1 %) Leistungen des Arbeitsamtes. Ein Vergleich mit den entsprechenden Werten der Stadt Dortmund verdeutlicht die schwierige soziale Situation in der Nordstadt, denn ‚nur' 6,0 % der Dortmunder bezogen Sozialhilfe, weitere 4,8 % Leistungen des Arbeitsamtes. Diese gesamtstädtischen Werte liegen also jeweils bei etwa der Hälfte der Nordstadt-Werte. Für die ausländische Wohnbevölkerung ergab sich ein anderes Bild:

---

muss als Vergleichswert im Jahr 1987 nicht der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen (62,3 %), sondern der höhere Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (68,7 %) herangezogen werden. Auf dieser Grundlage ist dann auch ein direkter Vergleich mit den Daten für das Jahr 2001 möglich, und es wird deutlich, dass der Arbeiteranteil nicht stabil geblieben ist, wie der erste Eindruck noch vermittelte, sondern um 6,5 Prozentpunkte gesunken ist. Letztlich ändert aber auch dieser Berechnung nichts daran, dass die Tätigkeit als Arbeiter in der Nordstadt, anders als in der Stadt Dortmund als Ganzes, auch aktuell noch die dominante sozialversicherungsrechtliche Stellung der Erwerbstätigen ist.

[1] Vgl. Anhang II, Tab. 7: Vergleich der Arbeitslosigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001).

Der Anteil der ausländischen Dortmunder, die Sozialhilfe bezogen, lag mit 14,1 % nur geringfügig unter dem Nordstadt-Wert.[1] Legt man den Sozialhilfebezug trotz der bekannten Einwände als Armutsindikator zugrunde, dann kann aus diesen Angaben geschlussfolgert werden, dass die Nordstadt als Wohnstandort offensichtlich besonders für diejenigen Deutschen interessant ist, die über geringe Einkommen verfügen, während ein ähnlicher Effekt bei den Ausländern nicht zu beobachten ist.

Duisburg ist nach wie vor eine „Stahlstadt"; daneben haben im Rahmen des Strukturwandels andere Wirtschaftsbereiche zunehmend an Bedeutung gewonnen: Logistik; Mikrotechnologie, Material- und Werkstofftechnologie; personenbezogene und unternehmensorientierte Dienstleistungen; Urban Entertainment, Einzelhandel und Städtetourismus.[2] Auch für den Stadtteil Marxloh gilt, dass er nach wie vor durch das Stahlwerk von Thyssen-Krupp AG geprägt wird, das auch aktuell noch der größte Arbeitgeber für die Bewohner des Stadtteils ist. Allerdings kam es v.a. in den frühen 1980er Jahren durch einen Produktionsrückgang und Arbeitsplatzabbau in den montanindustriellen Betrieben zu einem enormen Arbeitsplatzverlust. Seitdem ist die Zahl der Arbeitsplätze jedoch stabil.

In Duisburg lag 1987 der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen mit 49,0 % noch knapp über dem Anteil der Angestellten und Beamten (45,4 %). In Marxloh hingegen wurde die Berufsstruktur eindeutig von den Arbeitern dominiert, deren Anteil an den Erwerbstätigen 62,2 % betrug – ein Anteil, der mit dem entsprechenden Wert in der Dortmunder Nordstadt identisch ist. Für das Jahr 2001 liegen keine entsprechenden Angaben für den Stadtteil Marxloh vor. Aufgrund der in anderen wesentlichen Punkten ähnlichen Entwicklung in der Dortmunder Nordstadt und in Duisburg-Marxloh ist zu vermuten, dass der Anteil der Arbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den beiden Stadtteilen keine stark voneinander abweichende Entwicklung genommen hat. Demnach ist davon auszugehen, dass die Berufsstruktur auch in Marxloh im Jahr 2001 noch von Arbeitern dominiert wird.

Die Gesamtzahl der beim Duisburger Arbeitsamt als arbeitslos Registrierten hat sich im Zeitraum von 1991 bis 2001 um 2.895 auf 31.699 erhöht. Die Arbeitslosenquote liegt damit bei 14,2 %. Bemerkenswert ist v.a. die unterschiedliche Entwicklung bei Deutschen und Ausländern: Während die Zahl der arbeitslosen Deutschen in diesen zehn Jahren um 699 zurückgegangen ist (-2,8 %), hat sich die Zahl der arbeitslosen Ausländer um 3.584 erhöht und damit fast verdoppelt.

---

[1] Vgl. Anhang II, Tab. 8: Vergleich der Leistungsempfänger in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001).

[2] Vgl. Stadt Duisburg, Wirtschaftsförderung, 2003.

Ihr Anteil an allen Arbeitslosen beträgt mittlerweile 23,0 %.[1] Die Entwicklung im Stadtbezirk Hamborn[2] unterscheidet sich hiervon bei den Deutschen auffallend. Deren Arbeitslosigkeit hat entgegen dem stadtweiten Trend in dem genannten Zeitraum um 15,4 % auf 7.575 Arbeitslose zugenommen. Die Zahl der arbeitslosen Ausländer hat sich, der Entwicklung in Duisburg insgesamt entsprechend, etwas mehr als verdoppelt. Damit waren im Jahr 2001 2.634 ausländische Hamborner als Arbeitslose registriert. Dies entspricht einem Anteil von 25,8 % aller arbeitslosen Hamborner. Das bereits in der Dortmunder Nordstadt beobachtete Grundmuster der differenzierten Verteilung der Benachteiligungen auf Räume und Ethnien ist also auch in Duisburg wiederzufinden.

Da bis vor kurzem die Sozialhilfedaten in Duisburg nicht auf Stadtteile aufgeschlüsselt wurden, stehen diese Angaben für eine Analyse der sozialen Lage im Stadtteil Marxloh nicht zur Verfügung. Es kann aber u.a. auf einen 1994 vorgelegten Sozialbericht über die Stadt Duisburg[3] zurückgegriffen werden, der die tendenziell ärmeren und reicheren Wohngebiete ausweist.[4] Sechs der zehn Marxloher Stimmbezirke tauchen hier unter den 50 Stimmbezirken mit dem niedrigsten Einkommensindex auf.[5] Diese Ergebnisse decken sich mit den Untersuchungen des N.U.R.E.C.-Institute, das 1998 eine sozialräumliche Strukturanalyse des Duisburger Stadtgebietes durchgeführt hat[6], und der Erhebung kleinräumiger Indikatoren durch die Stadt Duisburg im Jahr 2000.[7] Beide bestätigen, dass Marxloh auch aktuell noch zu den am meisten benachteiligten Sozialräumen in Duisburg gehört. Zugänglich sind auch Informationen des Arbeitsamtes über den Bezug seiner Leistungen. Demnach bezogen im Juni 2002 24.537 Duisburger Leistungen des Arbeitsamtes.[8] Darunter befanden sich 1.312 Marxloher (= 5,3 %).[9] Bei einem Bevölkerungsanteil von 3,7 % belegt auch diese Angabe die besondere soziale Belastung des Stadtteils.

---

1 Vgl. Anhang II, Tab. 9: Arbeitslosigkeit in Duisburg.

2 Da entsprechende Angaben für das Stadtteil Marxloh nicht vorhanden sind, muss auf Angaben für den Arbeitsamtsbezirk Hamborn zurückgegriffen werden, zu dem außer Marxloh auch die Stadtteile Röttgersbach, Obermarxloh, Alt-Hamborn und Neumühl gehören; Vgl. Anhang II, Tab. 10: Arbeitslosigkeit in Duisburg-Hamborn.

3 ISK, Sozialbericht, 1994: 37 ff.; vgl. dort auch zu den Schwächen der verwendeten Daten.

4 Auf Grundlage von Angaben zum Wohngeldbezug im Zeitraum von 1984 bis 1989 ist eine geordnete Liste der 397 Duisburger Stimmbezirke gebildet worden.

5 Vgl. ISK, Sozialbericht, 1994: 39.

6 Vgl. N.U.R.E.C.-Institute, Strukturen, 1998.

7 Vgl. Stadt Duisburg, Indikatoren, 2000.

8 Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungshilfe.

9 Auskunft des Amtes für Statistik, Stadtforschung und Europangelegenheiten vom 08. Feb. 2003.

3.4 Sozialräumliche Strukturen in Duisburg-Marxloh

Das N.U.R.E.C.-Institute Duisburg führte in Kooperation mit dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten der Stadt Duisburg von 1996 bis 1999 das Projekt „Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse“ durch. Daher liegen detaillierte Erkenntnisse zum sozio-ökonomischen Strukturwandel in Marxloh und der sozialräumlichen Struktur dieses Stadtteils vor.[1]

Während das Duisburger Stadtgebiet südlich der Ruhr und westlich des Rheins durch eine zonale Gliederung des Sozialraums gekennzeichnet ist, kann der Duisburger Norden demgegenüber eher als „sozialräumlicher ‚Flickenteppich’“[2] bezeichnet werden. Ein gutes Beispiel hierfür liefert der Stadtteil Marxloh. Er ist durch eine äußerst kleinräumige Differenzierung der Sozialstruktur gekennzeichnet. Der Status nimmt dabei von West nach Ost, also mit zunehmendem Abstand zur Industrie, zu. Dabei bestehen die Unterschiede in den Lebensbedingungen und Verhaltensmustern nicht allein zwischen den deutschen Marxlohern und den dort wohnenden Migranten, sondern vor allem zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem sozialem Status.

Zudem lassen sich zwei gegensätzliche Entwicklungen feststellen: Einerseits haben sich die Unterschiede in den Lebensbedingungen von Marxlohern mit unterschiedlichem sozialem Status im Verlauf der zwei Jahre stärker ausgeprägt. Andererseits haben sich die Lebensbedingungen von Marxlohern verschiedener ethnischer Herkunft mit einem niedrigen sozialen Status einander angenähert.

Die Raumstruktur wird also neben der ethnischen vor allem durch die soziale Polarisierung geprägt. Dies findet seinen Niederschlag in der räumlichen Trennung von Deutschen mit höherem Sozialstatus einerseits sowie Deutschen *und* Migranten mit niedrigerem Sozialstatus andererseits.

3.5 Soziale Charakteristik der Stadtteile

Nach der Erörterung der baulichen und städtebaulichen Merkmale der Stadtteile, ihrer Bevölkerungsstruktur und deren Entwicklung, der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung

---

1 Vgl. N.U.R.E.C.-Institute, Zusammenhänge, 1998; N.U.R.E.C.-Institute, Strukturen, 1998; N.U.R.E.C.-Institute, Strukturwandel, 1999. Vergleichbar detaillierte Studien lagen mir für die Dortmunder Nordstadt nicht vor. Daher konnte die sozialräumliche Struktur dieses Stadtteils von mir nicht untersucht werden.

2 N.U.R.E.C.-Institute, Strukturen, 1998: 23.

und der sozial-räumlichen Struktur sind die Informationen zusammengetragen, um eine zusammenfassende Charakterisierung der beiden Stadtteile vorzunehmen.

Ginge man davon aus, dass ein Stadtteil nur durch eine homogene Bevölkerungsstruktur oder zumindest das Vorhandensein einer deutlichen Mehrheitsgruppe sozial charakterisiert werden kann, so müsste nach den bisherigen Ergebnissen eine dreifache Absage folgen: Die Dortmunder Nordstadt und Duisburg-Marxloh wären dann weder Arbeiterstadtteile, noch Armutsquartiere und auch keine Ausländerghettos. Im Folgenden wird hingegen davon ausgegangen, dass eine Bevölkerungsgruppe bereits dann ein Stadtteil prägen oder ihm im Vergleich zu anderen Stadtteilen ein besonderes Image geben kann, wenn sie im Straßenbild des Stadtteils in besonderem Maße auffällt, wenn sie eine einfache Mehrheit der Bevölkerung stellt oder wenn sie sich im gesamtstädtischen Vergleich in diesem Stadtteil auffallend konzentriert.

Arbeiterstadtteile

Hinsichtlich der *sozialversicherungsrechtlichen Kategorie Arbeiter* ist die Interpretation der Daten eindeutig: Sowohl im Jahr 1987 als auch im Jahr 2001 lag in der Nordstadt die Zahl der Arbeiter nicht nur deutlich über der Zahl der Angestellten, mit einem Anteil von 62,2 % stellten die Arbeiter auch noch im Jahr 2001 unverändert die absolute Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und dominierten damit klar die Berufsstruktur in der Nordstadt. Und auch für Marxloh ist belegt worden bzw. ist die Annahme begründet worden, dass die Berufsstruktur sowohl 1987 als auch 2001 noch eindeutig von den Arbeitern dominiert wurde.

Daher schlage ich vor, beide Stadtteile als *Arbeiterstadtteile* zu bezeichnen.[1]

Armutsquartiere

In den Stadtteilen konzentriert sich schon seit langem die „klassische" Armutsbevölkerung: Arbeitslose und Langzeitarbeitlose, kinderreiche Familien, marginal beschäftigte Jugendliche und Rentner gehören hier zu den typischen Bewohnergruppen.[2] Es wird aber auch deutlich, dass es trotz aller sozialer Probleme, die diese Stadtteile kennzeichnen, nicht die Arbeitslosen und Armen sind, die das Leben in diesen Stadtteilen prägen. Eine Arbeitslosenquote von 23,1 % (Nordstadt, 2001) bzw. 15,6 % (Bezirk Duisburg-Hamborn, 2001) bedeutet eben selbst dann, wenn

[1] Mit einer Charakterisierung beider Stadtteile als Arbeiterstadtteile wird nach den o.g. Kriterien für eine solche Charakterisierung ausdrücklich nicht behauptet, dass die Arbeiter eine Mehrheit der Gesamtbevölkerung oder auch nur der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 Jahren bilden würden. Tatsächlich beträgt der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung dieser Altergruppe in der Nordstadt nur 24,5 %. Die anderen Bewohner sind in einem anderen sozialversicherungsrechtlichen Status erwerbstätig, erwerbslos oder gehören nicht, noch nicht oder nicht mehr zu den Erwerbspersonen.

[2] Über die Zahl der „illegalen" Migranten können naturgemäß nur Vermutungen angestellt werden.

man die Menschen in den Arbeitsförderungsmaßnahmen und die „Stille Reserve“ des Arbeitsmarktes noch hinzuzählen würde, dass die weit überwiegende Mehrheit der Erwerbspersonen nach wie vor erwerbstätig ist. Und auch ein dramatisch hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern und Empfängern von Leistungen des Arbeitsamtes (13,2 % der Nordstadt-Bewohner erhielten 2001 Sozialhilfe, 9,1 % Leistungen des Arbeitsamtes; in Marxloh erhielten 7,1 % der Bewohner Leistungen des Arbeitsamtes[1]) unterstreicht zwar einerseits die Notwendigkeit sozial- und arbeitsmarktpolitischer Interventionen, sollte aber andererseits trotzdem nicht dazu verleiten, in der Bevölkerung der beiden Stadtteile ausschließlich Verarmte zu sehen.

Auch wenn die Arbeitslosen und Armen das Straßenbild des Stadtteils nicht in besonderem Maße prägen, so bleibt aber festzustellen, dass sich im gesamtstädtischen Vergleich in diesem Stadtteil ein auffallend hoher Anteil dieser benachteiligten Bevölkerungsgruppen konzentriert. Wegen dieser weit überdurchschnittlichen sozialen Belastungen ist eine Charakterisierung der Stadtteile als *Armutsstadtteile* gerechtfertigt.

Ausländerghettos

Mit der bereits erläuterten Einschränkung, dass die Angabe von Ausländeranteilen nur einen begrenzten Bedeutungsgehalt hat, lässt sich feststellen, dass der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in der Nordstadt 41,7 % und in Marxloh 34,7 % beträgt, die Deutschen somit in beiden Stadtteilen unverändert eine Mehrheit der Bevölkerung stellen. Allerdings liegt der ausgewiesene Ausländeranteil in beiden Fällen deutlich über dem jeweiligen gesamtstädtischen Durchschnitt. Dies rechtfertigt nach den o.g. Kriterien die Charakterisierung beider Stadtteile als „*Ausländerstadtteile*“. Keine Rechtfertigung besteht hingegen für ihre Charakterisierung als „Ausländerghettos“. Hiermit würde ein Zwangscharakter zum Ausdruck gebracht, der trotz aller Mobilitätsbarrieren des Wohnungsmarktes nicht gegeben ist.

Diese Charakterisierung kann in zweierlei Hinsicht präzisiert werden: Zum einen hat die Analyse der sozialräumlichen Strukturen in Marxloh gezeigt, dass es in Teilbereichen der Stadtteile nochmals zu stärkeren Konzentrationen von Migranten kommt, so dass sie in diesen Teilräumen heute bereits eine sehr deutliche Mehrheit der Bevölkerung stellen. Zum anderen zeichnet sich aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur der deutschen und der ausländischen Bewohner und der höheren Geburtenrate der Migranten ab, dass der Ausländeranteil weiter steigen wird. Bezieht man sich zudem nicht auf die statistisch ausgewiesene Zahl der Ausländer, sondern auf

[1] Der Anteil der Sozialhilfeempfänger konnte nicht ermittelt werden.

die Menschen mit Migrationshintergrund, dann ist absehbar, dass in Zukunft tatsächlich eine Mehrheit der Bewohner zu diesen zählen wird.

Zudem ist zu beachten, dass beide Stadtteile schon heute v.a. für die türkischstämmige Bevölkerung die Funktion einer *ethnischen Kolonie* erfüllen.

Insgesamt zählen beide Stadtteile auch aktuell noch zu den am meisten benachteiligten Sozialräumen in Dortmund und Duisburg. Dabei ist bei allen drei untersuchten Indikatoren, die auf eine sozial belastete Lebenssituation hinweisen (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und Bezug von Leistungen des Arbeitsamtes), das gleiche Schema erkennbar: Zwischen den Ausländern, die in den beiden untersuchten Stadtteilen wohnen, und denjenigen, die in anderen Stadtteilen wohnen, ergeben sich hinsichtlich dieser Indikatoren keine auffallenden Abweichungen. Ganz anders stellt sich die Lage bei den Deutschen dar. Während ihre soziale Lage im gesamtstädtischen Durchschnitt jeweils deutlich besser ist als diejenige der Ausländer, belegen die Werte für diejenigen Deutschen, die in der Nordstadt oder in Marxloh wohnen, dass sie sich in einer gleichermaßen schlechten sozialen Lage befinden wie die Ausländer. Beide Stadtteile scheinen also v.a. von solchen Deutschen bewohnt zu werden, die als Arbeitslose und/oder Sozialhilfeempfänger über einen unterdurchschnittlichen Sozialstatus verfügen.

4. Kommunale Stadterneuerungspolitik

Im nächsten Schritt soll die während des Zeitraums von Mitte der 1980er bis Ende der 1990er Jahre in beiden Stadtteilen praktizierte Stadterneuerungspolitik zunächst daraufhin untersucht werden, welchen Einfluss sie auf die Veränderungen der Sozialstruktur gehabt hat. Die Sozialstruktur eines Stadtteils kann sich erstens durch *räumliche Mobilität* ändern. Hierauf können die Städte durch die Förderung bzw. Behinderung der Zu- und Fortzüge bestimmter Bevölkerungsgruppen Einfluss zu nehmen versuchen. Musterd, Ostendorf und Breebaart sprechen hier von „aktive[n] Dispersions- bzw. Desegregationsmaßnahmen“[1]. Die Sozialstruktur kann sich, zweitens, aber auch durch *soziale Mobilität* ändern. Hier bestehen für die Städte z.B. Einflussmöglichkeiten über Maßnahmen, die die schulische und berufliche Qualifikation der Bewohner verbessern und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Finden bisher arbeitslose Bewohner einen Arbeitsplatz, so ändert sich ihre soziale Stellung. Gelingt dies einer größeren Zahl Ar-

[1] Musterd / Ostendorf / Breebaart, Segregation, 1997: 305.

beitsloser, und bleiben diese dann auch im Stadtteil wohnen, so verändert sich dadurch die soziale Situation im Stadtteil zum Positiven, ohne dass es zu Zu- oder Fortzügen gekommen ist. Während die aktiven Desegregationsmaßnahmen durchaus auch kurzfristige Wirkungen entfalten können, wirken sich die „weicheren" Maßnahmen der schulischen und beruflichen Qualifikation nur mittel- bis langfristig auf die Sozialstruktur aus. Die Untersuchung der Stadterneuerungsprogramme soll einen Überblick darüber schaffen, ob und in welchem Umfang die Städte auf diese beiden Strategien gesetzt haben. Über den Beitrag dieser Programme auf die tatsächliche Veränderung der Sozialstruktur kann jedoch nur gemutmaßt werden, weil hierauf weitaus mehr Faktoren eingewirkt haben, als im Rahmen dieser Untersuchung angesprochen werden können.

Neben jenen Maßnahmen, mit denen eine Veränderung der Sozialstruktur bewirkt wird, sind drittens auch solche von Interesse, die zu einer Verbesserung der *sozialen Lage der Bewohner* der Stadtteile führen und ihre alltägliche Lebensführung erleichtern, die also als „kompensatorische Sozialpolitik"[1] wirken.

4.1 Programmhistorie

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich drei Entwicklungsphasen der Stadterneuerungs- und Sanierungspolitik unterscheiden:[2] Auf die *Flächensanierung* in den 1960er und 1970er Jahren, deren Augenmerk auf den baulichen Maßnahmen in verdichteten innerstädtischen Altbauquartieren lag und während der die Verdrängung der teilweise alteingesessenen Bevölkerung zumeist nicht als Problem wahrgenommen wurde, folgte seit Beginn der 1980er Jahren eine Phase, in der die Strategie einer *behutsamen Stadterneuerung* praktiziert wurde.[3] Die Programme wurden über die rein baulich-investiven Aufgabenfelder hinaus ausgeweitet und verstärkt wurden Maßnahmen aus dem sozialen, beschäftigungspolitischen und kulturellen Bereich einbezogen. Im Laufe der 1990er hat sich diese Strategie zu *integrierten Ansätzen* weiterentwickelt. Allerdings erhöhte sich, auch vor dem Hintergrund geringer werdender öffentlicher Finanzmittel, der Einfluss privater Investoren in der Stadterneuerung.

In der nordrhein-westfälischen Stadterneuerungspolitik kristallisierten sich schon früh integrierte Ansätze heraus.[4] Es wurde erkannt, dass die Problemlagen „vielfach zu komplex [sind],

---

1 Musterd / Ostendorf / Breebaart, Segregation, 1997: 305.

2 Vgl. Renner, Stadterneuerung, 1997: 532 ff.; Pfotenhauer, Stadterneuerung, 2000: 248 ff.

3 Vgl. Froessler, Stadtviertel, 1994: 14.

4 Vgl. Kürpick / Zimmer-Hegmann, Stadtteile, 1997: 608.

um sie allein mit baulich-investiven Maßnahmen lösen zu können“[1]. Die konsequente Weiterentwicklung dieser ersten Ansätze stellt das „Handlungsprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ dar, das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Mai 1993 beschlossen worden ist. Es fördert Stadtteile, „die aufgrund ihrer städtebaulichen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und ökologischen Situation einer besonderen Erneuerung bedürfen“[2]. Nach Ansicht der Landesregierung sind in diesen Stadtteilen umfassende, ganzheitliche Aufwertungsstrategien erforderlich, die „neben materiellen Verbesserungen dazu beitragen, daß sich die Bewohner wieder aktiv am Leben des Stadtteils beteiligen und aktiv dazu beitragen, das Ansehen des Stadtteils innerhalb der Gesamtstadt zu verbessern“[3]. Diese Entwicklungen lassen sich auch in der Dortmunder Nordstadt und in Duisburg-Marxloh nachvollziehen.

In Dortmund markierte das vom Rat der Stadt Dortmund 1986 beschlossene „*Nordstadtprogramm*“ die Wende von der Flächensanierung zu einer Strategie der erhaltenden Stadterneuerung. Es setzte v.a. auf die städtebauliche Umgestaltung des Stadtteils mittels Wohnungsmodernisierung, Wohnumfeldverbesserung und Verkehrsberuhigung. Wichtige Impulse für die Nordstadt gingen auch von den 1991 beschlossenen Ergänzungen des (städtebaulichen) Nordstadtprogramms durch das *Schulische* und das *Sozialpädagogische Nordstadtprogramm* aus. Ausgehend von der Einschätzung, dass „soziale Probleme die Lebensqualität in den Wohngebieten [beeinträchtigen] und drohen, die Effektivität der Stadterneuerungsmaßnahmen zu verhindern“[4], wurden soziale Begleitprogramme aufgebaut. Im Vergleich zu den städtebaulichen Mitteln ist das Finanzvolumen dieser Programme jedoch eher bescheiden. Seit 1993 sind diese drei Nordstadtprogramme in einem integrierten Handlungskonzept vernetzt und wird die Nordstadt durch das *Landesprogramm „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“* gefördert.[5] Seit dem Jahr 2000 ist die Nordstadt zudem auch *Urban-Programmgebiet*.[6]

---

1 MSV, Stadterneuerung, 1994: 2.

2 Kürpick / Zimmer-Hegmann, Stadtteile, 1997: 607.

3 MASSKS, Quergedacht, 2000: 104; dem entspricht auch die Neufassung der „Förderrichtlinien Stadterneuerung“ des Landes im Januar 1998. Gebietsbezogene kommunale Investitionskonzepte wurde damit als Gegenstand der Städtebauförderung zur Regel, insgesamt wurde der räumliche Bezug gestärkt. (Vgl. ebd.: 103 ff.)

4 Stadt Dortmund, Blücher- / Scharnhorststraße, 1991: 13.

5 Vgl. ILS, Umsetzung, 2000: 121. Die Nordstadt war 1993 zunächst nur unter Vorbehalt in das Landesprogramm aufgenommen worden, weil ein aktueller politischer Beschluss des Rates der Stadt Dortmund fehlte. Dieser erfolgte dann im November 1996; vgl. Stadt Dortmund, Nordstadt, 1996.

6 Im Jahr 1994 beschloss die Kommission der EU eine *Gemeinschaftsinitiative für städtische Gebiete (Urban)*. Durch diese Initiative werden integrierte Handlungsprogramme gefördert, die wirtschaftliche, soziale und Umweltprobleme benachteiligter städtischer Gebiete in Angriff nehmen. Die Zielsetzung des Programms entspricht weitgehend den ressortübergreifenden Programmen von Land und Städten für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf.

Auch in Duisburg-Marxloh wurden seit Mitte der 1980er Jahre zunächst durch städtebauliche Stadterneuerungsprogramme Grün- und Freiflächen geschaffen und Straßen verkehrsberuhigt. Ab 1991 verstärkte die Stadt Duisburg mit dem *„Sonderprogramm Hamborn/Marxloh"* ihr Engagement im Bereich der sozialen Infrastruktur. Grund hierfür war auch in Duisburg die Erkenntnis, dass trotz der vielfältigen Bemühungen mit dem bisher angewandten städtebaulichen Instrumentarium der Stadterneuerung „der angestrebte Erfolg noch nicht erreicht [wurde]"[1]. Mit der Aufnahme Marxlohs in das *Landesprogramm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf"* im Jahr 1993 erfolgte eine weitere konzeptionelle Fortentwicklung der Stadterneuerungsstrategie. Nun wurden auch in Duisburg neben den städtebaulichen Maßnahmen (Verkehrsberuhigungs- und Grünmaßnahmen, Bau von Spielplätzen) verstärkt Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialstruktur durchgeführt, und es fand eine Verknüpfung von Stadterneuerungsmaßnahmen mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen statt. Der nächste Schritt in der Geschichte der Stadterneuerung in Marxloh stellt dann die gegen Ende des Jahres 1995[2] erfolgte Aufnahme in das Programm der *EU-Gemeinschaftsinitiative Urban* dar, deren Förderzeitraum bis Ende 1999 lief.

4.2 Ziele und Maßnahmen

Die Städte Dortmund und Duisburg haben es in ihren verschiedenen Stadterneuerungsprogrammen unterlassen, einen präzisen Zielkatalog zu definieren. Entweder sind die Zielvorgaben über die Programme verstreut, oder sie vermischen sich mit „Grundsätzen" und „Maßnahmenbereichen", teils sind sie aber auch nur implizit formuliert. Für den hier zu untersuchenden Bereich der Sozialstruktur wurden diese Informationen zusammengetragen und die wesentlichen Zielvorgaben rekonstruiert.

Neben den Stadterneuerungsprogrammen existiert zudem eine große Anzahl weiterer kommunaler Handlungsansätze, die auf die Stadterneuerungsgebiete und ihre Bewohner einwirken. Wegen ihrer potenziellen Bedeutung für die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in den Stadtteilen wird anschließend exemplarisch die kontrovers diskutierte Wohnungsbelegungspolitik vorgestellt.

---

1 Stadt Duisburg, Sonderprogramm Hamborn/Marxloh, 1991: 4.

2 Die Aufnahme erfolgte rückwirkend zum 30. Okt. 1995.

Zielsetzungen der Stadterneuerungsprogramme

Die generelle Zielsetzung des *Nordstadtprogramm*s bestand in der dauerhaften Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Nordstadt.[1] Als Schwerpunkte dieses Programms werden allgemeine Ziele für eine ganze Reihe von Aufgabenfeldern genannt, so z.B. die Verbesserung des Wohnungsangebotes, der Grün- und Freiflächen, der städtebaulichen Situation und des Stadtbildes, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Erhöhung der Verkehrssicherheit.[2] Die Sozialstruktur wird nicht explizit erwähnt, wohl aber, dass die Stadterneuerung „zur sozialen Stabilisierung des Stadtteils“[3] beitragen solle. Dieses Ziel wird durch eine Stärkung der sozialen Infrastruktur angestrebt, denn „eine so instabile Bevölkerung wie die in der Nordstadt bedarf eines dichten Netzes an Einrichtungen und Angeboten, in denen sie Hilfe und Anregung in verschiedenster Form erfährt“[4]. Durch die weitere bauliche und städtebauliche Erneuerung soll die Bindung der Bewohner an den Stadtteil verbessert und sollen „die bürgerlichen Schichten, die sich selbst helfen können und damit den Stadtteil stabilisieren, gehalten werden“[5].

Diese Aufgabenstellung wird auch während der *Urban-Programmphase* weiterverfolgt. V.a. der Programmschwerpunkt „Aufbau von bewohnergetragenen Einrichtungen und Strukturen“ umfasst Maßnahmen, die auf eine Integration von Migranten und ausgegrenzten Randgruppen abzielen. Als übergreifende Ziele aller Maßnahmen und Projekte wird vorgegeben, „die Bindung der Bewohner an das Stadtteil zu stärken, das Selbstbewusstsein des Stadtteils, seiner Bewohner und Akteure positiv zu verändern und das Image nachhaltig zu verbessern“[6].

Die Ziele der Duisburger Stadterneuerung gleichen denjenigen in Dortmund. So sollten mit dem *Sonderprogramm Hamborn/Marxloh* „die Rahmenbedingungen für eine Trendumkehr in diesem von Strukturdefiziten und -problemen geprägten Raum“[7] verbessert werden. Zu diesen Strukturdefiziten zählten ausdrücklich der Einwohnerverlust, die gleichzeitige Zunahme des Migrantenanteils an der Bevölkerung, der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen, der hohe Arbeiteranteil und das geringe Bildungsniveau.[8] Hieraus kann jedoch nicht geschlussfolgert werden, dass die Senkung z.B. des Migrantenanteils ein Ziel dieses Programms war; zumal auch

---

1 Vgl. Stadt Dortmund, Nordstadt-Programm, 1992: 15.
2 Vgl. Stadt Dortmund, Nordstadt-Programm, 1992: 15.
3 Stadt Dortmund, Nordstadt-Programm, 1992: 16.
4 Stadt Dortmund, Nordstadt-Programm, 1992: 29.
5 Stadt Dortmund, Nordstadt-Programm, 1992: 39.
6 Europäische Union / MSWKS NRW, URBAN II, 2001: 35.
7 Stadt Duisburg, Sonderprogramm Hamborn/Marxloh, 1991.
8 Stadt Duisburg, Sonderprogramm Hamborn/Marxloh, 1991: 5.

keine Maßnahmen aufgeführt wurden, die die Sozialstruktur mittels räumlicher Mobilität – also aktiver Dispersions- bzw. Desegregationsmaßnahmen, wie etwa der Förderung von Fortzügen der Migranten – verändern sollten. Statt dessen werden Maßnahmen aufgeführt, die die soziale Mobilität fördern: Die Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikation der Bewohner steht hierbei an vorderster Stelle.

In den Ratsbeschlüssen vom Juni 1994 zur *Gründung der Entwicklungsgesellschaft Marxloh (EGM)*[1] *und des Stadtteilprojektes Marxloh*[2] wird die Problemanalyse des Sonderprogramms Hamborn/Marxloh wiederholt und hieraus u.a. die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Einwohner als Zielsetzungen der EGM und die Verbesserung der Infrastruktur, die Durchführung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und die Verbesserung der Sozialstruktur als Zielsetzungen des Stadtteilprojektes abgeleitet. Und wie bereits im Sonderprogramms Hamborn/Marxloh soll diese Verbesserung u.a. durch die Schaffung und den Ausbau örtlicher Begegnungsstätten und von Dienstleistungs- und Beratungsangeboten erreicht werden. Ziel ist zudem ausdrücklich die Verbesserung des „Zusammenlebens zwischen Ausländern und Deutschen sowie der nachbarschaftlichen Beziehungen“[3]. Im Vordergrund auch dieser Phase der Stadterneuerung in Marxloh stehen also die Alltagsprobleme der sozial benachteiligten Einwohner des Stadtteils, die Gegenstand einer kompensatorischen Sozialpolitik sind.

Diese Strategie prägte auch die nächste Programmphase, während der Marxloh von Oktober 1995 bis Ende 1999 *Programmgebiet der EU-Gemeinschaftsinitiative Urban* gewesen ist. Die Sozialstruktur ist jetzt nicht einmal mehr als Problem- oder Handlungsfeld aufgeführt;[4] unverändert zielten die Maßnahmen jedoch auf Verbesserung der Lebenssituation der Einwohner ab. Genannt wurden u.a. die Verbesserung der Einkommenschancen für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und ihre Qualifizierung für eigenwirtschaftliches Handeln, Maßnahmen zum Erwerb von Bildungsabschlüssen und zur Beseitigung sprachlicher Barrieren, Beratungsangebote für Mieter und Schuldner. Und statt „die Ausländer“ als Problemgruppe zu thematisieren und die Verringerung ihres Anteils an der Bevölkerung als Ziel zu proklamieren, wird eine „Steigerung der Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern mit dem Ziel der Erhöhung der

1 Stadt Duisburg, Entwicklungsgesellschaft, 1994.

2 Stadt Duisburg, Stadtteilprojekt, 1994.

3 Stadt Duisburg, Stadtteilprojekt, 1994: 5.

4 Vgl. Stadt Duisburg, URBAN, 1995: 3.

Verständigungsbereitschaft“[1] angestrebt und die „ethnische Ökonomie“ als Teil der Stadtteilwirtschaft positiv angesprochen.

Während dieser Programmphase war die strategische Ausrichtung der Stadterneuerung auch Gegenstand der Diskussion um ein „*Leitbild für Marxloh*“. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde es vom Rat der Stadt Duisburg im März 1997 beschlossen. In diesem Leitbild wird die positive Sichtweise des Urban-Programms auf die „ethnische Ökonomie“ und damit die in Marxloh lebenden Migranten aufgegriffen und fortentwickelt. In der „Investitionsbereitschaft nichtdeutscher Unternehmen“ [2] wird ausdrücklich eine Chance für den Stadtteil gesehen, der sogar zu einem internationalen Handels- und Gewerbezentrum entwickelt werden soll. Bemerkenswert ist auch, dass die „multikulturelle Szene“ als eine weitere Chance genannt und das fehlende Wahlrecht für einen größeren Teil der Migranten beklagt wird. Ergänzt wird dieses „Bekenntnis zur Internationalität dieses Stadtteils“[3] durch die angemessene Betonung der starken sozialen Benachteiligungen seiner Bewohner durch hohe Arbeitsplatz- und Einkommensverluste und die fehlenden Ausbildungschancen für Jugendliche.

Die Zielsetzung der Stadterneuerungsprogramme bestand demnach in der dauerhaften Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in den beiden Stadtteilen und ihrer sozialen Stabilisierung. Im Vordergrund standen die Alltagsprobleme der sozial benachteiligten Einwohner des Stadtteils. Hierbei spielten die Verbesserung der Infrastruktur und andere Maßnahmen einer kompensatorischen Sozialpolitik eine wichtige Rolle. Eine Veränderung der Sozialstruktur wurde nicht durch eine Verdrängung von Migranten, sondern durch die Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikation der Bewohner – als Voraussetzungen einer sozialen Mobilität – angestrebt. Soweit die räumliche Mobilität angesprochen wurde, geschah dies mit dem Ziel, die Zahl der Fortzüge zu verringern und die Bindung der Bewohner an den Stadtteil zu verbessern.

Wohnungsbelegung

In einem Spannungsverhältnis zu der in den Stadterneuerungsprogrammen vorherrschenden Strategie, die Lebenssituationen der Bewohner – Deutsche *und* Migranten – verbessern zu wollen, stehen Strategien, die vor allem die räumliche Mobilität beeinflussen wollen und die ihren Niederschlag in Versuchen einer Zuzugsbeschränkung für wohnungssuchende Migranten finden. Da

---

1 Stadt Duisburg, URBAN, 1995: 7.

2 Stadt Duisburg, Leitbild, 1997: 2 f.

3 Stadt Duisburg, Leitbild, 1997: 3.

diese Strategie in Dortmund Gegenstand einer intensiven und kontroversen Debatte gewesen ist, soll sie an diesem Beispiel erörtert werden.

Am Anfang steht in der Regel die Feststellung von „einseitigen Bevölkerungs- und Sozialstrukturen" – so auch das Dortmunder Amt für Wohnungswesen in einer Stellungnahme in der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord im November 1996.[1] Hierauf folgen dann Versuche, die Ausländeranteile unterhalb bestimmter Schwellenwerte zu halten. Im Dortmunder Fall liest sich dies dann so: „Der Bevölkerungsanteil ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Stadtbezirk Innenstadt-Nord liegt bereits bei ca. 40 %. Um diesen einseitigen Bevölkerungsstrukturen entgegenzuwirken, wurde verwaltungsintern geregelt, daß max. 20 % der zur Vermittlung anstehenden Neubauwohnungen im 1. Förderweg an ausländische Haushalte in der Innenstadt-Nord vergeben werden."[2]

Dieses Vorgehen wurde damit begründet, dass eine gemischte Bevölkerungsstruktur „die Voraussetzung für Integration und sozialen Frieden"[3] sei. Demgegenüber stellte die FOKUS GmbH in einer Studie fest, dass gerade „die Diskussion um die Quote [...] die Stimmung in der Nordstadt massiv aufgeheizt [hat]"[4], und fährt dann fort:

> „Eine ‚nachträgliche' Quotierung bestärkt manche Einheimische in ihrer Forderung ‚Ausländer raus!' und fördert damit eher fremdenfeindliche Haltungen. Viele Ausländer fühlen sich – erneut – abgelehnt und nicht mehr erwünscht. Desintegrationsprozesse werden eher forciert, erfolgsversprechende Integrationsprozesse gestört."[5]

Nach einer intensiven öffentlichen Diskussion der Belegungsquoten stellten der Bezirksvorsteher des Stadtbezirkes Innenstadt-Nord, der Rechts- und der Sozialdezernent der Stadt Dortmund dann schließlich im Januar 1999 fest, dass „eine Steuerung des Zuzugs kaum möglich ist". Statt an dieser Maßnahme festzuhalten, sollte vielmehr im Vordergrund stehen, „die Nordstadt für alle Bewohner lebenswerter zu machen und vorhandene Bindungen der Bevölkerung an die Nordstadt zu verstärken"[6].

4.3 Auswirkungen

Ebenso wie die Ziele lassen sich auch die Auswirkungen der Stadterneuerung auf zwei Ebenen analysieren: Zum einen ist zu fragen, ob die Städte mit den Ansätzen aktiver Desegregations-

---

1 Stadt Dortmund, Bezirksvertretung, 1996: 10.

2 Stadt Dortmund, Bezirksvertretung, 1996: 10.

3 Zitiert nach: Planerladen, Anti-Diskriminierungsprojekt, 1999: 82.

4 FOKUS, Konfliktmanagement, 1999: 184.

5 FOKUS, Konfliktmanagement, 1999: 189.

6 Zitiert nach: Planerladen, Anti-Diskriminierungsprojekt, 1999: 84.

maßnahmen, wie sie mit einer gezielten Belegungspolitik zumindest zeitweise verfolgt worden sind, und den verschiedenen Maßnahmen, die Einfluss auf die soziale Mobilität haben, Erfolge hinsichtlich einer Veränderung der Sozialstruktur gehabt haben. Zum anderen ist zu fragen, ob es gelungen ist, durch eine kompensatorische Sozialpolitik die soziale Lage im Sinne einer Erleichterung der alltäglichen Lebensführung zu verbessern.

Veränderung der Sozialstruktur

Dass der Ausländeranteil im Untersuchungszeitraum in beiden Stadtteilen deutlich angestiegen ist – in der Nordstadt auf 41,7 % (2001) und in Marxloh auf 34,7 % (2002) – belegt die Einschätzung, dass auf eine Verringerung des Ausländeranteils zielende Desegregationsmaßnahmen, wie sie zumindest in Dortmund zeitweise vom Amt für Wohnungswesen angewandt worden sind, erfolglos bleiben. Die Mechanismen des Wohnungsmarktes bewirken die Konzentration ärmerer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen, zu denen die Migranten in dieser Gesellschaft nun einmal gehören, in bestimmten benachteiligten Stadtteilen mit einem günstigen Mietpreisniveau oder Nischen für ansonsten auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierten. Diese Prozesse sind dominant und können durch die den Kommunen zur Verfügung stehenden Mittel nicht außer Kraft gesetzt werden.

Die gleichen Mechanismen sind auch dafür verantwortlich, dass die Zielvorgaben, die Betroffenheit der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit und Armut zu verringern, ebenso wenig erfüllt werden konnten. In der Nordstadt lag die Arbeitslosenquote auch 2001 mit 23,1 % deutlich über dem Dortmunder Durchschnitt, und auch im Stadtbezirk Hamborn hat die Arbeitslosigkeit im Untersuchungszeitraum zugenommen und erreicht nun eine Quote von 15,6 %. Ebenso lag in der Nordstadt der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung (13,2 %) bzw. der Empfänger von Leistungen des Arbeitsamtes (9,1 %) deutlich über den gesamtstädtischen Werten. Zwar ist in Marxloh der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung nicht bekannt, da aber 2001 7,1 % der Bewohner Leistungen des Arbeitsamtes erhielten kann für beide Stadtteile die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sie unverändert zu den am meisten benachteiligten Sozialräumen in den jeweiligen Städten zählen.

So stellt etwa die Stadt Dortmund fest, dass die Nordstadt trotz zahlreicher Stadterneuerungsmaßnahmen der letzten Jahrzehnte auch heute noch ein „benachteiligter Stadtteil mit hohem Handlungsbedarf“[1] ist. Doch immerhin haben die vielfältigen Maßnahmen und Programme „dazu geführt, dass die Nordstadt auf einem relativ niedrigen Niveau stabilisiert werden konnte.

[1] Europäische Union / MSWKS NRW, URBAN II, 2001: 10.

Bislang ist es aber nicht gelungen, den Stadtteil aktiv an den in Dortmund stattfindenden Strukturwandel anzukoppeln“[1] – Aussagen, deren Tendenz auch für Duisburg-Marxloh zutrifft.

Verbesserung der alltäglichen Lebensführung

Meine Untersuchung ausgewählter Aufgabenfelder der Stadterneuerung hat ergeben, dass die sichtbarsten Verbesserungen in den Stadtteilen den Investitionen in Wohnumfeldmaßnahmen und der Verbesserung des Wohnungsangebotes zu verdanken sind. Offensichtlich ist es durch die umfangreichen Maßnahmenprogramme der vergangenen Jahre zudem gelungen, in beiden Stadtteilen eine deutliche Verbesserung der sozialen Infrastruktur zu erreichen.[2] Damit wurden den benachteiligten Bewohnern wichtige Hilfestellungen bei der Bewältigung des Lebensalltags gegeben.

Auch im Bereich der schulischen Bildung konnte – zumindest in Duisburg-Marxloh – eine deutliche Verbesserung erreicht werden.

Die positiven Effekte der Stadterneuerung zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie zur Qualifizierung und Beschäftigung Arbeitsloser waren zwar umfangreich, konnten sich jedoch den negativen Gesamttrend nicht durchsetzen. Es ist aber zu vermuten, dass die Arbeitslosigkeit in den Stadtteilen ohne die Stadterneuerungsprogramme höher liegen würde, als sie tatsächlich ist. Diese Abschwächung eines negativen Trends kann durchaus auch als – wenn auch bescheidener – Erfolg gewertet werden.

Hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind auch die Erfolge der Bemühungen um eine Integration der Migranten und zur Verbesserung des Zusammenlebens der verschiedenen Ethnien. Trotz vielfältiger Maßnahmen sind nach wie vor starke Spannungen vorhanden. So zeigen z.B. die Befragungsergebnisse des N.U.R.E.C.-Institute, dass für die Probleme des Stadtteils nicht der Verlust der Arbeitsplätze in der Montanindustrie verantwortlich gemacht wird, sondern „vorrangig die ‚Ausländerkonzentration’“[3].

---

1 Europäische Union / MSWKS NRW, URBAN II, 2001: 43.

2 Vgl. auch: ISK, Endbericht, 2000: 130 f.

3 N.U.R.E.C.-Institute, Strukturwandel, 1999: 97; Vgl. auch: N.U.R.E.C.-Institute, Meinungsbilder, 1999: 11 ff.

5. Charakterisierung der Stadtteile und Bewertung der Stadterneuerungsmaßnahmen durch Kommunalpolitiker

Nachdem nun eine soziale Charakteristik der beiden Stadtteile formuliert worden ist und die Auswirkungen der Stadterneuerungsmaßnahmen auf die Sozialstruktur und die soziale Lage der Bewohner der Stadtteile untersucht worden sind, sollen im nächsten Schritt Einschätzungen „vor Ort“ wiedergegeben und erörtert werden. Hierfür wurden im Wesentlichen Interviews ausgewertet, die ich mit jeweils drei mit den beiden Stadtteilen befassten Kommunalpolitkern geführt habe. Im Einzelnen sind dies gewesen:

	Dortmunder Nordstadt	Duisburg-Marxloh
Bündnis 90 / Die Grünen	Birgit Pohlmann-Rohr	Dieter Kantel
CDU	Gerda Horitzky	Rainer Enzmann
SPD	Theo Schröder	Manfred Slykers

Die Interviews mit sechs Kommunalpolitikern ergaben sowohl hinsichtlich der von ihnen wahrgenommen sozialen Charakteristik der beiden Stadtteile als auch ihrer Bewertung der Stadterneuerungsmaßnahmen ein differenziertes Bild, in dem sich jedoch die parteipolitischen Hintergründe deutlich abzeichneten.

So reichen die Charakterisierungen der Dortmunder Nordstadt von dem Standpunkt der CDU-Politikerin Horitzky, die in dem Stadtteil in erster Linie ein Ausländerghetto sieht, bis zu den Wertungen des SPD-Politikers Schröder und der grünen Politikerin Pohlmann-Rohr, die in der Nordstadt beide ein Arbeiterviertel erkennen, in dem viele Ausländer leben – ohne hiermit eine negative Zuschreibung zu verbinden.

In Duisburg-Marxloh bejahen sowohl der grüne Politiker Kantel wie auch der SPD-Politiker Slykers die Frage, ob sich der Stadtteil als Arbeiterviertel charakterisieren lasse, während für den CDU-Politiker Enzmann die große Zahl der Sozialhilfeempfänger ein herausstechendes Merkmal ist. Anders als in Dortmund sind sich in Duisburg alle drei Interviewpartner in der Ablehnung der Bezeichnung „Ausländerghetto“ für den Stadtteil Marxloh einig. Kantel meint allerdings einen Trend zur Ghettoisierung zu erkennen, nach Enzmanns Ansicht trifft dieser Eindruck bereits für diejenigen Straßenzüge zu, in denen die türkischstämmige Bevölkerung in der Mehrheit sei, und Slykers möchte von einem „Stadtteil mit einem hohen Anteil von Nichtdeutschen“ sprechen.

Die festgestellte Konzentration der Stadterneuerungsprogramme auf kompensatorische Sozialpolitik und der Versuch der Einflussnahme auf die Sozialstruktur mittels Qualifizierungsmaß-

nahmen an Stelle einer aktiven Desegregationspolitik wurden in beiden Stadtteilen von den jeweiligen CDU-Politikern kritisiert. Beide machen die Forderung nach einer aktiven Desegregationspolitik zu einem ihrer zentralen Themen. Die in dieser Untersuchung entwickelte Ansicht, dass Voraussetzungen zur Verhinderung der Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen in benachteiligenden Stadtteilen zu einem nicht unerheblichen Teil lokaler Einflussnahme entzogen sind, wird zumindest von diesen beiden offenbar nicht geteilt, machen sie doch für das Anwachsen dieser Bevölkerungsgruppen die ihrer Meinung nach verfehlte Stadt- und Stadtteilpolitik verantwortlich.

Demgegenüber stellte sich v.a. Pohlmann-Rohr ohne Einschränkungen hinter die geschilderte Schwerpunktsetzung der Stadterneuerungsprogramme, schränkt allerdings ein, dass die reale Politik ihrer Wahrnehmung nach allzu oft doch auf eine aktive Desegregationspolitik gesetzt habe. Sie äußert sich auch betont abschätzig über die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Nordstadt, denen sie nachsagt, nichts verändert zu haben. Kantel, Schröder und Slykers beziehen sich hingegen positiv auf die Stadterneuerungsmaßnahmen, müssen jedoch auch feststellen, dass die erhoffte Stabilisierung der Nachbarschaften ausgeblieben ist.

Insgesamt bestätigen diese Interviews den Eindruck, den Boettner bei seiner Begleitforschung des „Projektes Marxloh“ gewonnen hat.[1] Auf einer sehr viel breiteren Basis stellte er fest, dass bei den Marxloher Akteuren zwei „divergierende Problemmuster“[2] bestanden hätten. Während sich alle darin einig gewesen seien, dass Armut, Arbeitslosigkeit und ein hoher Ausländeranteil Marxloh prägten, hätten sich bei der Deutung dieser Sachverhalte Differenzen ergeben. Er fasst die beiden Grundpositionen unter dem Titel „gegensteuern oder optimieren“ zusammen.

Unter dem Problemmuster des „Gegensteuerns“ fasst er jene Aussagen zusammen, die auf die Beseitigung der als Belastungen empfundenen Auswirkungen der veränderten Situation im Stadtteil auf die „respektablen Marxloher“, also die alteingesessenen deutschen Bewohner und Geschäftsleute, abzielen. Hier gehe es um Möglichkeiten, „der Konzentration sozial Benachteiligter entgegenzuwirken“, indem der Stadtteil für deutsche Normalverdiener durch entsprechende Wohn-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten wieder attraktiv gemacht werde. Dieser Haltung können von den Interviewten am ehesten die beiden CDU-Politiker Horitzky und Enzmann und

---

1 Vgl. Boettner, Schneiderlein, 2002.

2 Vgl. Boettner, Schneiderlein, 2002: 105 f. Unter einem Problemmuster versteht er „einen Deutungsrahmen, der festlegt, inwiefern ein sozialer Sachverhalt problematisch ist“ (ebd.).

– wenn auch mit Abstrichen – der SPD-Politiker Slykers[1] zugeordnet werden. Dem steht das Problemmuster des „Optimierens“ gegenüber. Im Mittelpunkt dieser Strategie stünden die Möglichkeiten der sozial Benachteiligten, ihren Lebensalltag besser zu bewältigen. Dieser Haltung können die drei anderen Gesprächspartner zugeordnet werden.

6. Konsequenzen

Angesichts der aufgezeigten partiellen Erfolge wie auch Misserfolge wird deutlich, dass es „vermessen“ wäre – so Renner[2] –, mit stadtteilbezogenen Programmen, wie dem nordrhein-westfälischen Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, den Anspruch zu verbinden, die wirtschaftlichen und sozialen Benachteiligungen grundsätzlich ausgleichen zu wollen. Die sozialen Problemlagen vor Ort sind, von lokalen Besonderheiten abgesehen, durch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen verursacht, und diese sind mit lokal begrenzten Programmen nicht zu beseitigen. Angesichts der Komplexität der Probleme und der schwierigen Situation der öffentlichen Finanzen empfiehlt Läpple, die Ziele der integrierten Stadterneuerung bescheiden zu formulieren. Aus seiner Sicht ist es bereits ein Erfolg, „in den ‚Problemstadtteilen’ die Dynamik der Abwärtsspirale zu stoppen, diese Stadtteile sozial zu stabilisieren und die Problemlösungskompetenz der Bewohner zu stärken“[3].

Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung ist in ihren Zielformulierungen zurückhaltend und zeigt sich schon damit zufrieden, dass es in den Stadtteilen, die in das Programm aufgenommenen wurden, gelungen sei, „den Negativtrend der weiteren sozialen Polarisierung und Destabilisierung zu bremsen und eine Trendwende sichtbar zu machen“[4]. Als „Anfangserfolge“ zählt sie u.a. das gewachsene bürgerschaftliche Engagement, die gestärkte Stadtteilidentität, die Verbesserung der Wohnqualität und die Erneuerung der Bausubstanz, den positiven Wandel des Images der Stadtteile und den Abbau der Konflikte zwischen den Bewohnern auf.[5]

Neigte man während der „Planungseuphorie“[6] der 1970er Jahre dazu, den Einfluss der raumbezogenen staatlichen und kommunalen Planung auf die Gestaltung der alltäglichen Lebensbedin-

---

1 Diese Einordnung von Slykers erfolgt wegen seiner ambivalenten Haltung gegenüber den Migranten.

2 Vgl. Renner, Stadterneuerung, 1997: 537.

3 Jaspers / Läpple / Staubach, Handlungsansätze, 2000: 64.

4 MASSKS NRW (Hrsg.), Stadtteile, 1998: 10.

5 MASSKS NRW (Hrsg.), Stadtteile, 1998: 10.

6 Harth / Scheller / Tessin, Ungleichheit, 2000: 31.

gungen und die Position der Einzelnen im sozialen Ungleichheitsgefüge zu überschätzen,[1] so ist das Pendel mittlerweile zur anderen Seite hin ausgeschlagen. Wir erleben derzeit „die Abdankung des Staates“[2]. Die Überantwortung der Wohnungsversorgung an den Markt und der Rückzug des Staates und der Kommunen aus weiteren Bereichen der Daseinsvorsorge hat jedoch insbesondere für die Bewohner der benachteiligten Stadtteile eine Verschlechterung ihrer Lebenssituation zur Folge.

So werden die auf der einen Seite durch die Stadterneuerungsmaßnahmen mühevoll erzielten Erfolge von der anderen Seite her wieder zerstört. Dies macht verständlich, warum Ronneberger, Lanz und Jahn[3] als einen Grund dafür, dass durch die Stadterneuerungsmaßnahmen nur so bescheidene Erfolge erzielt werden, benennen, dass mit der Etablierung der Programme „keineswegs eine grundlegende Richtungsänderung der wettbewerbsorientierten Modernisierungspolitik der Städte“ verbunden gewesen sei. Einen zweiten Grund sehen sie darin, dass sich die Programme nur auf wenige, genau eingegrenzte Gebiete innerhalb der Städte bezögen. Erfolgreich könne eine Politik für die benachteiligten Quartiere jedoch ihrer Einschätzung nach nur sein, wenn sie Bestandteil einer „Politik des sozialen Ausgleichs auf gesamtstädtischer und überregionaler Ebene“ wäre. Dies aber, so ihre Kritik, ist „nicht einmal im Ansatz beobachtbar“[4].

Doch auch Befürworter eines aktiven staatlichen Handelns für und in den „Sozialen Brennpunkten“ sind mit den „restriktiven Bedingungen der faktischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“[5] konfrontiert, und gerade die Kommunen stoßen daher sehr bald an die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten. Aktuell findet dies v.a. in der Krise der kommunalen Finanzen seinen Ausdruck.[6]

Da die Stadterneuerungsmaßnahmen in Dortmund wie auch in Duisburg stark von den Zuschüssen des Landes und der EU abhängig waren und sind, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Stadterneuerung nach dem Zeitpunkt, ab dem diese Sondermittel nicht mehr zur Verfügung stehen oder ihr Volumen erheblich eingeschränkt wird. Die Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung kritisiert denn auch, „dass die Städte in ihrer großen Mehrheit bislang keine tragfähigen Antworten auf die Frage entwickelt haben, wie die positiven Veränderungen in den Erneuerungsgebieten

---

1 Vgl. Harth / Scheller / Tessin, Ungleichheit, 2000: 31.

2 Bourdieu / u.a., Elend, 1997: 207.

3 Vgl. Ronneberger / Lanz / Jahn, 1999: 211 ff.

4 Vgl. auch: Rommelspacher, Großstadtpolitik, 1992: 154.

5 Herlyn, Segregation, 1974: 104.

6 Karrenberg / Münstermann, Finanzen, 2002.

nach dem Ausscheiden aus den staatlich geförderten Handlungsprogrammen gesichert werden können und welche politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen."[1]

Die Frage nach der Verstetigung der Stadterneuerung haben sich auch die Teilnehmer einer von der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung organisierten Impuls-Werkstatt gestellt.[2] Sie sehen ein zentrales Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in den benachteiligten Stadtteilen im verstärkten Einsatz regulärer kommunaler Ressourcen in den betroffenen Gebieten. Angesichts der finanziellen Lage der Kommunen heißt dies aber auch, dass eine stadtinterne Umverteilung der auf absehbare Zeit weniger werdenden Mittel notwendig sein wird.

Erfolg in diesem Verteilungskampf zu haben setzt aber nicht nur gute Konzepte voraus, sondern auch politischen Einfluss. Davon, ob dieser von den Bewohnern der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf und den politischen und gesellschaftlichen Kräften, die sich für ihre Belange einsetzen, erreicht werden kann, wird die Zukunft dieser Stadtteile stark beeinflusst werden.

---

1 Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Handlungsansätze, 2001: 9.

2 Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Handlungsansätze, 2001.

Literaturverzeichnis

Adamy, Wilhelm / Steffen, Johannes [Abseits, 1998]: Abseits des Wohlstands. Arbeitslosigkeit und neue Armut, Darmstadt: Primus Verlag, 1998

Alisch, Monika [Stadtentwicklung, 2002]: Soziale Stadtentwicklung, Opladen: Leske + Budrich, 2002

- / Dangschat, Jens S. [Armut, 1998]: Armut und soziale Integration. Strategien sozialer Stadtentwicklung und lokaler Nachhaltigkeit, Opladen: Leske + Budrich, 1998

Anhut, Reimund / Heitmeyer, Wilhelm [Desintegration, 2000]: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption, in: dies. (Hrsg.), Stadtgesellschaften, 2000, S. 17-75

Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung (AGB) (Hrsg.), Ruiz, Marcelo / Sauter, Matthias (Bearb.) [Handlungsansätze, 2002]: Impuls-Werkstatt „Gebietsbezogene Handlungsansätze der sozialen Verwaltungsressorts“ am 06. Dezember 2001 – Auswertungspapier, Dortmund: Eigenverlag, 2002

Bader, Veit M. / u.a. (Hrsg.) [Wiederentdeckung, 1998]: Die Wiederentdeckung der Klassen, Berlin / Hamburg: Argument Verlag, 1998

Bieback, Karl-Jürgen / Milz, Helga (Hrsg.) [Armut, 1995]: Neue Armut, Frankfurt a.M. / New York: Campus Verlag, 1995

Blasius, Jörg / Dangschat, Jens S. (Hrsg.) [Gentrification, 1990]: Gentrification - Die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete, Frankfurt a.M. / New York: Campus Verlag, 1990

Blasius, Jörg / Friedrichs, Jürgen [Leben, 2000]: Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen: Leske + Budrich, 2000

Boettner, Johannes [Schneiderlein, 2002]: Vom tapferen Schneiderlein und anderen Helden. Fallstricke des integrierten Handelns - Eine Evaluation, in: Walther (Hrsg.), Stadt, 2002, S. 101-114

Bourdieu, Pierre / u.a. [Elend, 1997]: Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 1997

Bude, Heinz [Überflüssige, 1998]: Die Überflüssigen als transversale Kategorie, in: Berger / Vester (Hrsg.), Ungleichheiten, 1998, S. 363-382

Bukow, Wolf-Dietrich / u.a. (Hrsg.) [Weg, 2001]: Auf dem Weg zur Stadtgesellschaft. Die multikulturelle Stadt zwischen globaler Neuorientierung und Restauration, Opladen: Leske + Budrich, 2001

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) [Lebenslagen, 2001]: Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2 Bde. (Bericht und Materialband), Bonn: Eigenverlag, 2001

Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) (Hrsg.), Pfeiffer, Ulrich / Krings-Heckemeier, Marie-Therese (Autoren) [Nachbarschaften, 1998]: Überforderte Nachbarschaften. Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen, Bonn: Hammonia Verlag, 1998

Butterwegge, Christoph [Nutzen, 1996]: Nutzen und Nachteile der dynamischen Armutsforschung. Kritische Bemerkungen zu einer neueren Forschungsrichtung, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 2/1996, S. 69-92

Dangschat, Jens S. [Zusammensetzung, 1991]: Welche Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist erhaltenswert? Kommentar zur Anwendung der Milieuschutzsatzung aus soziologischer Sicht, in: Dohrendorf, Erhaltungssatzung, 1991, S. 15-42

- [Lebensstile, 1994]: Segregation - Lebensstile im Konflikt, soziale Ungleichheit und räumliche Disparitäten, in: Blasius / Dangschat (Hrsg.), Lebensstil, 1994, S. 426-445
- [Stand, 1997]: Sag' mir, wo Du wohnst, und ich sag' Dir, wer Du bist! Zum aktuellen Stand der deutschen Segregationsforschung, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 109, 1997, S. 619-647
- [Gegensätze, 1998]: Warum ziehen sich Gegensätze nicht an? Zu einer Mehr-Ebenen-Theorie ethnischer und rassistischer Konflikte um den städtischen Raum, in: Heitmeyer / Dolasse / Backes (Hrsg.), Krise, 1998, S. 21-96
- [Segregation, 2000]: Segregation, in: Häußermann (Hrsg.), Großstadt, 2000, S. 209-221

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) und Paritätischer Wohlfahrtverband - Gesamtverband- in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.), Hanesch, Walter (Projektl.) [Armut, 1994]: Armut in Deutschland, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1994

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.) [Stadt, 2002]: Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt", Berlin: Eigenverlag, 2002

Dohrendorf, Rüdiger (Hrsg.) [Erhaltungssatzung, 1991]: Die soziale Erhaltungssatzung und ihre Bedeutung für die Stadterneuerung und Stadtentwicklung, Darmstadt: Verlag für wissenschaftliche Publikationen, 1991

dtv-Brockhaus Lexikon, Mannheim und München: F.A. Brockhaus und Deutscher Taschenbuch Verlag, 1988

Dubet, Francois / Lapeyronnie, Didier [Vorstädte, 1994]: Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart: Klett-Cotta, 1994

Erbslöh, Barbara / u.a. [Klassengesellschaft, 1990]: Ende der Klassengesellschaft?, Regensburg: Transfer Verlag, 1990

Esser, Hartmut [Integration, 2001]: Integration und ethnische Schichtung, 2001, http://www.bmi.bund.de/Downloads/Esser.pdf (download am 29.01.2003)

Farwick, Andreas [Armut, 2001]: Segregierte Armut in der Stadt, Opladen: Leske + Budrich, 2001

FOKUS GmbH [Konfliktmanagement, 1999]: Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Endbericht, Köln: Eigenverlag, 1999

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) [Ghettos, 1998]: Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil, Bonn: Eigenverlag, 1998

Friedrichs, Jürgen [Stadtanalyse, 1983]: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983 (3. Aufl.)
- [Theorien, 1988]: Makro- und mikrosoziologische Theorien der Segregation, in: ders. (Hrsg.), Stadtforschung, 1988, S. 56-77
- [Konflikte, 1998]: Vor neuen ethnisch-kulturellen Konflikten? Neuere Befunde der Stadtsoziologie zum Verhältnis von Einheimischen und Zugewanderten in Deutschland, in: Heitmeyer / Dolasse / Backes (Hrsg.), Krise, 1998, S. 233-265

Froessler, Rolf [Stadtviertel, 1994]: Stadtviertel in der Krise. Innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa, ILS-Schriften, Bd. 87, Dortmund: Eigenverlag, 1994

Geißler, Rainer [Sozialstruktur, 1996]: Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996 (2., neubearb. u. erw. Aufl.)

Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Institut für Geographie (Hrsg.), Blotevogel, Hans-Heinrich / Jeschke, Markus (Autoren), [Determinanten, 2001]: Determinanten der Stadt-Umland-Wanderung im Raum Duisburg, Diskussionspapier 4/2001, Duisburg: Eigenverlag, 2001

Hagelstange, Thomas [Klassenkonzept, 1998]: Was nützt ein Klassenkonzept bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in entwickelten Industriegesellschaften?, in: Bader / u.a. (Hrsg.), Wiederentdeckung, 1998, S. 27-54

Hanhörster, Heike / Möller, Margit [Konflikt- und Integrationsräume, 2000]: Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich, in: Heitmeyer / Anhut (Hrsg.), Stadtgesellschaft, 2000, S. 347-400

Harth, Annette / Scheller, Gitta / Tessin, Wulf [Ungleichheit, 2000]: Soziale Ungleichheit als stadtsoziologisches Thema - Ein Überblick, in: dies. (Hrsg.), Stadt, 2000, S. 16-38

- *(Hrsg.)* [Stadt, 2000]: Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen: Leske + Budrich, 2000

Häußermann, Hartmut [Armut, 1997]: Armut in den Großstädten - eine neue städtische Unterklasse?, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 1/1997, S. 12-27

- [Zuwanderung, 1998]: Zuwanderung und die Zukunft der Stadt. Neue ethnisch-kulturelle Konflikte durch die Entstehung einer neuen sozialen „underclass"?, 1998, in: Heitmeyer / Dolasse / Backes (Hrsg.), Krise, 1998, S. 145-175
- *(Hrsg.)* [Großstadt, 2000]: Großstadt. Soziologische Stichworte, Opladen: Leske + Budrich, 2000 (2. Aufl.)
- */ Kapphan, Andreas* [Berlin, 2000]: Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt?, Opladen: Leske + Budrich, 2000
- */ Oswald, Ingrid* (Hrsg.) [Stadtentwicklung, 1997]: Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 17, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997
- */ Siebel, Walter* [Differenzierung, 2002]: Die Mühen der Differenzung, in: Löw, Differenzierungen, 2002, S. 29-68

Heckmann, Friedrich [Kolonien, 1998]: Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung?, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Ghettos, 1998, S. 29-41

Heitmeyer, Wilhelm [Integrationsmaschine, 1998]: Versagt die „Integrationsmaschine" Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen, in: ders. / Dolasse / Backes (Hrsg.), Krise, 1998, S. 443-467

- */ Anhut, Reimund (Hrsg.)* [Stadtgesellschaften, 2000]: Bedrohte Stadtgesellschaften, Weinheim: Juventa Verlag, 2000
- */ Dollaste, Rainer / Backes, Otto (Hrsg.)* [Krise, 1998]: Die Krise der Städte. Analysen zu den Folgen desintegrativer Stadtentwicklung für das ethnisch-kulturelle Zusammenleben, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 1998

Herkommer, Sebastian [Deklassiert, 1999]: Deklassiert, ausgeschlossen, chancenlos - die Überzähligen im globalen Kapitalismus, in: ders. (Hrsg.), Ausgrenzungen, 1999, S. 7-34

- *(Hrsg.)* [Ausgrenzungen, 1999]: Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg: VSA-Verlag, 1999

Herlyn, Ulfert [Segregation, 1974]: Soziale Segregation, in: Pehnt (Hrsg.), 1974, Stadt, S. 89-106

- [Wohnquartier, 1974]: Einleitung: Wohnquartier und soziale Schicht, in: ders. (Hrsg.), Sozialstruktur, 1974, S. 16-41

- *(Hrsg.)* [Sozialstruktur, 1974]: Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung, München: Nymphenburger Verlagshandlung, 1974
- [Milieus, 2000]: Milieus, in: Häußermann (Hrsg.), Großstadt, 2000, S. 152-162
- */ Lakemann, Ulrich / Lettko, Barbara* [Armut, 1991]: Armut und Milieu: benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren, Basel / Boston / Berlin: Birkhäuser, 1991

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim [Gastarbeiterwanderungen, 1987]: Gastarbeiterwanderungen und soziale Spannungen, in: Reimann / Reimann (Hrsg.), Gastarbeiter, 1987, S. 46-66

Holtmann, Dieter / Strasser, Hermann [Klassen, 1990]: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, Heft 16, 1990, S. 79-106

Institut der deutschen Wirtschaft (IDW) (Hrsg.) [Deutschland, 2001]: Deutschland in Zahlen, Köln: Deutscher Instituts-Verlag, 2001

Institut für Landes- u. Stadtentwicklung des Landes (ILS) NRW (Hrsg.), Austermann, Klaus / Zimmer-Hegmann, Ralf (Autoren) [Umsetzung, 2000]: Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf, ILS-Schriften, Bd. 166, Dortmund: Eigenverlag, 2000

Institut für Sozial- und Kulturforschung e.V. (ISK) (Hrsg.), Altena, Heinz / Kantel, H.-Dieter (Autoren) [Sozialbericht, 1994]: Sozialbericht über die Stadt Duisburg, Duisburg: Eigenverlag, 1994

Jaspers, Karl / Läpple, Dieter / Staubach, Reiner [Handlungsansätze, 2000]: Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf aus Sicht der Wissenschaft, in: MASSKS (Hrsg.), Quergedacht, 2000, S. 62-76

Kapphan, Andreas [Berlin, 2002]: Das arme Berlin, Opladen: Leske + Budrich, 2002

Karrenberg, Hanns / Münstermann, Engelbert [Finanzen, 2002]: Städtische Finanzen: Kollaps oder Reformen! (Gemeindefinanzbericht 2002 - Kurzfassung), in: Der Städtetag, Heft 4/2002, S. 4-13

Keim, Rolf / Neef, Rainer [Ausgrenzung, 2000]: Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete, in: Harth / Scheller / Tessin (Hrsg.), Stadt, 2000, S. 248-273

Keller, Carsten [Armut, 1999]: Armut in der Stadt, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999

Koch, Max [Strukturwandel, 1994]: Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot, 1994

Krätke, Stefan [Stadt, 1995]: Stadt - Raum - Ökonomie: Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie, Basel / Boston / Berlin: Birkhäuser Verlag, 1995

Kromrey, Helmut [Evaluation, 1995]: Evaluation. Empirische Konzepte zur Bewertung von Handlungsprogrammen und die Schwierigkeiten ihrer Realisierung, in: ZSE, Heft 4/1995, S. 313-336

Kronauer, Martin [Innen-Außen-Spaltung, 1999]: Die Innen-Außen-Spaltung der Gesellschaft. Eine Verteidigung des Exklusionsbegriffs gegen seinen mystifizierenden Gebrauch, in: Herkommer (Hrsg.), Ausgrenzungen, 1999, S. 60-72

Kronawitter, Georg (Hrsg.) [Manifest, 1994]: Rettet unsere Städte jetzt! Das Manifest der Oberbürgermeister, Düsseldorf u.a.: Econ Verlag, 1994

Krummacher, Michael [Zuwanderung, 2000]: Zuwanderung, Migration, in: Häußermann (Hrsg.), Großstadt, 2000, S. 321-333

Kunz, Harry [Immigration, 2001]: Immigration kontra Integration? Jugend zwischen Multikulti und Marginalisierung, 2001, http://www.oeko-net.de/kommune/kommune04-01/zzkunz.htm (download am 05.12.2002)

Kürpick, Susanne / Zimmer-Hegmann, Ralf [Stadtteile, 1997]: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – integriertes Handlungskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen und Ansätze vor Ort, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8-9/1997, S. 607-620

Leibfried, Stephan / u.a. [Zeit, 1995]: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 1995

Löw, Martina (Hrsg.) [Differenzierungen, 2002]: Differenzierungen des Städtischen, Opladen: Leske + Budrich, 2002

Lutz, Burkhard [Traum, 1984]: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt / New York: Campus Verlag, 1984

May, David [Etablierten-Aussenseiter-Beziehung, 2001]: Die Etablierten-Aussenseiter-Beziehung als Grammatik urbanen Zusammenlebens, in: Bukow / u.a. (Hrsg.), Weg, 2001, S. 159-171

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes NRW (MASSKS) *(Hrsg.)* [Stadtteile, 1998]: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ressortübergreifendes Handlungsprogramm der Landesregierung NRW, Düsseldorf: Eigenverlag, 1998

- [Quergedacht, 2000]: Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, Düsseldorf: Eigenverlag, 2000

Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW (MSV) (Hrsg.), Bruns-Sommerhage, Clemens / Kiehle, Wolfgang / Schepers, Albert (Bearb.) [Stadterneuerung, 1994]: Stadterneuerung schafft Arbeitsplätze, Düsseldorf: Eigenverlag, 1994

Musterd, Sako / Ostendorf, Wim / Breebaart, Matthijs [Muster, 1997]: Muster und Wahrnehmung ethnischer Segregation in Westeuropa, in: Häußermann / Oswald (Hrsg.), Stadtentwicklung, 1997, S. 293-307

N.U.R.E.C.-Institute Duisburg e.V. [Zusammenhänge, 1998]: Die Zusammenhänge zwischen räumlichen Strukturmerkmalen, Meinungsbildern und Verhaltensmustern in sanierungsbetroffenen Stadtteilen, Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse, Bericht 3, Duisburg: Eigenverlag, 1998

- [Strukturen, 1998]: Strukturen und Strukturentwicklung sanierungsbetroffener Stadtteile, Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse, Bericht 4, Duisburg: Eigenverlag, 1998

- [Meinungsbilder, 1999]: Meinungsbilder und Verhaltensmuster in Duisburg-Marxloh, Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse, Bericht 6, Duisburg: Eigenverlag, 1999

- [Strukturwandel, 1999]: Sozio-ökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg-Marxloh, Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse, Duisburg: Eigenverlag, 1999

Pehnt, Wolfgang (Hrsg.) [Stadt, 1974]: Die Stadt in der BRD, Stuttgart: Philipp Reclam jun., 1974

Pfotenhauer, Erhart [Stadterneuerung, 2000]: Stadterneuerung - Sanierung, in: Häußermann (Hrsg.), Großstadt, 2000, S. 247-257

Planerladen e.V. (Hrsg.), Reiner Staubach (Bearb.) [Anti-Diskriminierungsprojekt, 1999]: Anti-Diskriminierungsprojekt im Wohnbereich, Dortmund: Eigenverlag, 1999

Reimann, Helga / Reimann, Horst (Hrsg.) [Gastarbeiter, 1987]: Gastarbeiter. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987 (2., völlig neu bearb. Aufl.)

Renner, Mechthild [Stadterneuerung, 1997]: Zum Stand von Stadterneuerung und Stadtumbau. in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8-9/1997, S. 529-541

Rommelspacher, Thomas [Großstadtpolitik, 1992]: Wandel der Großstadtpolitik in einer alten Industrieregion: die Beispiele Duisburg, Essen und Bochum, in: Häußermann (Hrsg.), Ökonomie, 1992, S. 154-177

Ronneberger, Klaus / Lanz, Stephan / Jahn, Walter [Beute, 1999]: Die Stadt als Beute. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 1999

Rütten, Anton [Integrationspolitik, 1998]: Integrationspolitik der Landesregierung. Nordrhein-Westfalen, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Ghettos, 1998, S. 15-28

Schäfers, Bernhard / Zapf, Wolfgang (Hrsg.) [Handwörterbuch, 1998]: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich, 1998

Schubert, Herbert [Integration, 1999]: Soziale Integration in der Stadt - Signale zur Jagd auf einen Mythos der Sozialplanung, in: VSOP (Hrsg.), Stadtgestaltung, 1999, S. 7-24

Seifert, Wolfgang [Bevölkerung, 1998]: Ausländische Bevölkerung, in: Schäfers / Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch, 1998, S. 49-59

Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik und Wahlen [Lebensraum, 2002]: Jahresbericht 2002: Lebensraum Dortmund, Dortmund: Eigenverlag, 2002

-, *Projektgruppe Nordstadt* [Nordstadt-Programm, 1992]: Das Nordstadt-Programm. Dokumentation eines Dortmunder Stadterneuerungsprojektes, Dortmund: Eigenverlag, 1992

-, *Stadtamt für Wohnungswesen* [Wohnungsmarkt, 2001]: Wohnungsmarkt Dortmund 2000, Dortmund: Eigenverlag, 2001

Stadt Duisburg, Amt für Soziales und Wohnen [Wohnungsmarkt, 2002]: Wohnungsmarkt in Duisburg. Bilanz 2001, Duisburg: Eigenverlag, 2002

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) [Datenreport, 2002]: Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Eigenverlag, 2002

Staubach, Reiner [Partnerschaften, 1995]: Lokale Partnerschaften zur Erneuerung benachteiligter Quartiere in deutschen Städten, Werkbericht No. 35 der Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung, Dortmund: Eigenverlag, 1995

Tobias, Gertrud / Boettner, Johannes (Hrsg.) [Hand, 1992]: Von der Hand in den Mund. Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Essen: Klartext Verlag, 1992

Treibel, Annette [Migration, 1998]: Migration, in: Schäfers / Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch, 1998, S. 462-472

Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP) (Hrsg.) [Stadtgestaltung, 1999]: Soziale Stadtgestaltung und Wohnraumversorgung. Kommunen zwischen Versorgungsauftrag und ausgewogener Bewohnerstruktur in Stadtgebieten mit Wohnungs(neu)bau, Workshop-Dokumentation Nr. 8, Speyer: Eigenverlag, 1999

Vollmer, Hans / u.a. [Bericht, 1996]: Bericht zur sozialen Lage in Dortmund, Münster / Hamburg / London: LIT-Verlg, 1996

Voscherau, Henning [Großstadt, 1994]: Die Großstadt als sozialer Brennpunkt - am Beispiel Hamburg, in: Kronawitter (Hrsg.), Manifest, 1994, S. 77-106

Voß, G. Günter / Dombrowski, Jörg [Berufs- und Qualifikationsstruktur, 1998]: Berufs- und Qualifikationsstruktur, in: Schäfers / Zapf (Hrsg.), Handwörterbuch, 1998, S. 60-71

Walther, Uwe-Jens (Hrsg.) [Stadt, 2002]: Soziale Stadt- Zwischenbilanzen. Ein Programm auf dem Weg zur Sozialen Stadt?, Opladen: Leske + Budrich, 2002

Wright, Erik Olin [Classes, 1985]: Classes, London / New York: Verso, 1985

- [Class counts, 1997]: Class counts (student edition), Cambridge: Cambridge University Press, 1997

Zimmer-Hegmann, Ralf [Evaluation, 2001]: Evaluation integrierter Stadtteilerneuerungsansätze - Probleme und Anforderungen, in: ILS NRW (Hrsg.), Monitoring, 2001, S. 2-5

Dokumente/Quellen

Europäische Union. Europäischer Fond für Regionale Entwicklung / Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes MSWKS NRW (MSWKS) (Hrsg.) [URBAN II, 2001]: Programmplanungsdokument für die Teilnahme der Stadt Dortmund an der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN II 2000-2006, Dortmund / Düsseldorf: 2001

Stadt Dortmund [Nordstadt, 1996]: Ratsbeschluss vom 14.11.1996: Nordstadt: Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf, Geschäftszeichen: 7101 (06.11.1996)

- [Bezirksvertretung, 1996]: Niederschrift über die 21. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord am Mittwoch, 11.12.1996

-, *Projektgruppe Nordstadt*, [Blücher- / Scharnhorststraße, 1991]: Beschlussvorlage vom 14.06.1991, Mängel- / Chancenanalyse für die Teilgebiete „Blücher- / Scharnhorststraße“

Stadt Duisburg [Sonderprogramm Hamborn / Marxloh, 1991]: Ratsbeschluss vom 07.10.1991: Duisburg 2000 - Sonderprogramm Hamborn / Marxloh, Ds-Nr. 3216 (29.08.1991)

- [Entwicklungsgesellschaft, 1994]: Ratsbeschluss vom 13.06.1994: Ressortübergreifendes Stadterneuerungsprogramm Hamborn/Marxloh, hier: Gründung der Entwicklungsgesellschaft Marxloh mbH (EGM), Ds-Nr. 7076 (20.04.1994)

- [Stadtteilprojekt, 1994]: Ratsbeschluss vom 13.06.1994: Ressortübergreifendes Stadterneuerungsprogramm Hamborn/Marxloh, hier: Stadtteilprojekt Marxloh, Ds-Nr. 7077 (20.04.1994)

- [URBAN, 1995]: Ratsbeschluss vom 18.12.1995: Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union (EU) für städtische Gebiete – URBAN –, hier: DU-Marxloh, Ds-Nr. 530 / 1 (07.11.1995)

- [Leitbild, 1997]: Ratsbeschluss vom 17.03.1997: Leitbild für den Stadtteil Marxloh, Ds-Nr. 3130 (13.11.1996)

- [Wirtschaftsförderung, 2003]: http://www.diewirtschaftsfoerderung.de/focus_duisburg/wirtschaftsstandort/index.php (download am 29. März 2003)

-, *Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten* [Indikatoren, 2000]: Kleinräumige Indikatoren, 2000

Interviews

Enzweiler, Rainer, Mitglied des Rates der Stadt Duisburg, CDU, am 26. Februar 2003

Horitzky, Gerda, Mitglied des Rates der Stadt Dortmund, CDU, am 10. März 2003

Kantel, Dieter, Mitglied des Rates der Stadt Duisburg, Bündnis ’90 / Grüne, am 21. Februar 2003

Pohlmann-Rohr, Birgit, sachkundige Bürgerin im Ausschuss Umwelt, Stadtentwicklung und Wohnen des Rates der Stadt Dortmund, Bündnis ’90 / Grüne, am 26. März 2003

Schröder, Theo, Bezirksvorsteher des Stadtbezirks Dortmund-Innenstadt-Nord, SPD, am 12. März 2003

Slykers, Manfred, ehem. Mitglied des Rates der Stadt Duisburg, Vorsitzender des Stadtteilausschusses Duisburg-Marxloh, SPD, am 26. Februar 2003

Tabellen

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Dortmund

	1987 [b)]		2001 [c)]		Veränderg.	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bevölkerung [a)]	584.089		586.538		+2.449	+0,4
darunter Ausländer	48.743	8,3	74.751	12,7	+26.008	+53,4
unter 18 Jahre	96.141	16,5	101.290	17,3	+5.149	+5,4
65 Jahre und älter	92.990	15,9	108.960	18,6	+15.970	+17,2

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Dortmund
a) am Ort der Hauptwohnung; b) 25. Mai; c) 31. Dez.

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in der Dortmunder Nordstadt

	1987 [b)]		2001 [c)]		Veränderg.	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bevölkerung [a)]	53.851		54.305		+454	+0,8
darunter Ausländer	16.235	30,2	22.661	41,7	+6.426	+39,6
unter 18 Jahre	10.201	22,0	11.406	21,0	+1.205	+11,8
65 Jahre und älter	7.953	14,8	6.804	12,5	-1.149	-14,4

Quelle: Statistisches Amt der Stadt Dortmund
a) am Ort der Hauptwohnung; b) 25. Mai; c) 31. Dez.

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Duisburg

	1987 [b]		2002 [c]		Veränderung	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bevölkerung [a]	525.378		507.457		-17.921	-3,4
darunter Ausländer	62.475	11,9	76.693	15,1	+14.218	+22,8
unter 18 Jahre	90.615	17,3	92.947	18,3	+2.332	+2,6
65 Jahre und älter	114.876	21,9	134.586	26,5	+19.710	+17,2

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Duisburg

a) am Ort der Hauptwohnung; b) 25. Mai; c) 31. Dez.

Tab. 4: Bevölkerungsentwicklung und -struktur in Duisburg-Marxloh

	1987 [b]		2002 [c]			
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bevölkerung [a]	21.244		18.564		-2.680	-12,6
darunter Ausländer	5.898	27,8	6.438	34,7	+540	+9,2
unter 18 Jahre	4.681	22,0	4.345	23,4	-336	-7,2
65 Jahre und älter	3.944	18,6	3.943	21,2	-1	-0

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Duisburg

a) am Ort der Hauptwohnung; b) 25. Mai; c) 31. Dez.

Tab. 5: Vergleich der Erwerbstätigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (1987)

25. Mai 1987	Dortmund		Innenstadt-Nord	
	absolut	%	absolut	%
Erwerbstätige	224.009		17.623	
darunter Ausländer	17.131	7,7	5.389	30,6
Arbeiter, gewerbliche Azubis	91.644	40,9	10.986	62,3
darunter Ausländer	12.653	13,8	4.495	40,9

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Dortmund, Arbeitsamt Dortmund, eigene Berechnungen

Tab. 6: Vergleich der Erwerbstätigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001)

30. Juni 2001	Dortmund		Innenstadt-Nord	
	absolut	%	absolut	%
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte [a]	177.727		14.209	
darunter Ausländer	17.281	9,7	5.100	35,9
Arbeiter, gewerbliche Azubis	73.147	41,2	8.841	62,2

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Dortmund, Arbeitsamt Dortmund
a) am Ort der Hauptwohnung

Tab. 7: Vergleich der Arbeitslosigkeit in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001)

30. Juni 2001	Dortmund		Nordstadt	
	absolut	%	absolut	%
Arbeitslose	36.188		6.121	
darunter Ausländer	7.858	21,7	2.537	41,5
Arbeitslosenquote	14,0 %		23,1 %	

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Dortmund, Arbeitsamt Dortmund, eigene Berechnungen

Tab. 8: Vergleich der Leistungsempfänger in Dortmund und in der Dortmunder Nordstadt (2001)

31. Dez. 2001	Dortmund		Innenstadt-Nord	
	absolut	%	absolut	%
Sozialhilfeempfänger [a]	35.189	6,0	7.180	13,2
darunter Ausländer	10.522	14,1	3.238	14,3
Leistungsempfänger Arbeitsamt	28.175	4,8	4.959	9,1

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Dortmund, Arbeitsamt Dortmund
a) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Tab. 9: Arbeitslosigkeit in Duisburg

	1991 [b]		2001 [b]		Veränderung	
	absolut	absolut	absolut	%	absolut	%
Arbeitslose	28.804		31.699		+2.895	+10,1
darunter Deutsche	25.096	85,0	24.397	77,0	-699	-2,8
darunter Ausländer	3.718	15,0	7.302	23,0	+3.584	+96,4
Arbeitslosenquote [a]	11,5 %		14,2 %		+2,7	

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Duisburg, Arbeitsamt Duisburg, eigene Berechnungen
a) auf der Grundlage der abhängigen zivilen Erwerbspersonen; b) 31. Dez.

Tab. 10: Arbeitslosigkeit in Duisburg-Hamborn

	1991 [b]		2001 [b]		Veränderung	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Arbeitslose	7.863		10.209		+2.346	+29,8
darunter Deutsche	6.563	83,5	7.575	74,2	+1.012	+15,4
darunter Ausländer	1.300	16,5	2.634	25,8	+1.334	+102,6
Arbeitslosenquote [a]	12,6 %		15,6 %		+3,0	

Quellen: Statistisches Amt der Stadt Duisburg, Arbeitsamt Duisburg, eigene Berechnungen
a) auf der Grundlage der abhängigen zivilen Erwerbspersonen; b) 31. Dez.

Bisher sind in der Reihe „Duisburger Beiträge“ erschienen:

[Bitte beachten Sie: Ab No. 1/1999 sind alle Beiträge unter http://soziologie.uni-duisburg.de/dbsf.htm abrufbar]

No. 1/1988 Zum Anspruch einer evolutionsbiologischen Fundierung der Moral.
Fritz Rudolph

No. 2/1988 Moralische Institutionen und die Ordnung des Handelns in der Gesellschaft. Die "utilitaristische" Theorietradition und die Durkheimsche Herausforderung.
Hans J. Hummell

No. 3/1988 Selbstreferentielle Technologiepolitik. Theoretische und thematische Grundlagen der Wirtschaftsbezogenen F & T - Politik.
Dieter Urban

No. 4/1988 Berufseinmündung, Berufssituation und soziale Lage Duisburger Diplom-Sozialwissenschaftler/innen. Erste Ergebnisse einer empirischen Erhebung.
Dieter W. Emmerling

No. 5/1988 Negative Dialektik - oder: Das "andere Genus des Denkens".
Helga Gripp-Hagelstange

No. 1/1989 Entscheidungsprozesse im Studium: Weiterstudieren oder Aufgeben?
Christoph Rülcker, Adelheid Berger, Dieter Emmerling

No. 2/1989 Lokale Handlungsebene und Jugendarbeitslosigkeit. Ein Forschungsbeitrag zur wohlfahrtsstaatlichen Dezentralisierungsdebatte. Ergebniszusammenfassung.
Jürgen Krüger, Manfred Pojana, Roland Richter

No. 3/1989 Binäre LOGIT-Analyse: ein statistisches Verfahren zur Bestimmung der Abhängigkeitsstruktur qualitativer Variablen.
Dieter Urban

No. 4/1989 Niklas Luhmann - oder: Was ist ein "differenztheoretischer" Ansatz?
Helga Gripp-Hagelstange

No. 5/1989 Die Rationalität irrationalen Handelns. Kollektive Formen politischer Partizipation als Ergebnis individueller Entscheidungsprozesse. Eine empirische Analyse.
Dieter Urban

No. 1/1990 Adorno und Derrida - oder: Der Versuch einer "Dekonstruktion" der Metaphysik.
Helga Gripp-Hagelstange

No. 2/1990 "Arbeit statt Sozialhilfe" - Empirische Evaluation eines Beschäftigungsprogramms für arbeitslose Sozialhilfeempfänger.
Thomas Bruns u. Irene Pawellek

No. 3/1990 Jugendarbeitslosigkeit und lokale Legitimationsprobleme.
Jürgen Krüger

No. 4/1990 Zu System und Problematik legal-bürokratischer Herrschaft in der klassischen Organisationstheorie.
Wolfgang Holler

No. 5/1990 Die kognitive Struktur von Umweltbewußtsein. Ein kausalanalytischer Modelltest.
Dieter Urban

No. 1/1991 Zeitgemäßes Campaigning in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische und evaluative Hinweise zum Swing-Index, einem neuen Instrument des "micro targeting".
Sigurd Matz

No. 2/1991 Stichworte zur Zukunft des Wohlfahrtsstaates.
Jürgen Krüger.

No. 3/1991 Kokain: Zur gesellschaftlichen Karriere einer Droge.

Thomas Schweer und Hermann Strasser.

No. 4/1991 Der >reale Sozialismus< und sein Niedergang basieren auf dem Marxschen >Ausbeutungs<-Irrtum. Sozialstaatlicher Volkskapitalismus statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Dieter Holtmann.

No. 5/1991 The Distribution of Income in Modern Japan: An Examination of the Structural Determinants of Relative Equality.

Harold R. Kerbo.

No. 1/1992 Diplomabschlüsse im integrierten Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität-GH-Duisburg. Eine empirische Analyse der erfolgreich absolvierten Diplomprüfungen im Zeitraum 1977 - 1990.

Holger Meinken.

No. 2/1992 Narzißmus, soziale Einbindung und Suizid. Eine vergleichende Analyse des Suizidgeschehens in Kempten (Allgäu) und seines ländlichen Umfelds im Lichte soziologischer und psychologischer Theorie.

Heidi Hlawatschek.

No. 3/1992 Die parlamentarische Willensbildung in portugiesischen Gemeinden.

Wolfgang Holler, Marcelino Passos

No. 4/1992 Techniken der Attributdatenanalyse.

Uwe Engel

No. 5/1992 Karrieremuster in der Kommunalpolitik. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Dinslaken und Duisburg.

Andreas Humpert

No. 1/1993 Zur relativen Bedeutung eines Klassenkonzepts bei der Erklärung von Einkommens- und Bewußtseinsunterschieden in zehn entwickelten Industriegesellschaften.

Thomas Hagelstange, Brigitte Hamm, Dieter Holtmann

No. 2/1993 Die Selbstzuschreibung extra-funktionaler Fähigkeiten im Ingeneurstudium.Eine geschlechtervergleichende empirische Untersuchung.

Dorothee Laß

No. 3/1993 Prozesse der Entvertikalisierung in der japanischen Gesellschaft.

Brigitte Hamm

No. 4/1993 Sozialstrukturelle Modernisierung: Stabilisierung oder Destruierung des Wohlfahrtsstaates?

Jürgen Krüger

No. 5/1993 Organisation und Motivation (I).

Wolfgang Holler

No. 6/1993 Solidarität in Bewegung. Die französischen Krankenschwestern verändern ihre Perspektiven.

Ingo Bode

No. 7/1993 Japanese Corporations in Germany: Corporate Strucuture and Employee Relations (A Summary Report).

Harold R. Kerbo, Elke Wittenhagen, Keiko Nakao

No. 1/1994 Organisation und Motivation (II).

Wolfgang Holler

No. 2/1994 Kulturelle Nebensächlichkeiten und private Geselligkeit:
Zu institutionellen Formen einer beliebten Koalition Vorüberlegungen zu einem theoretischen Orientierungsrahmen für die Deskription und Analyse privater Öffentlichkeit.

Christoph Rülcker, Günter Winter, Mitarbeit: Gerd Bloch

No. 3/1994 Kollektives Handeln und Ambiguität. Die Regulierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse in Frankreich und Deutschland.

Ingo Bode, Hanns-Georg Brose, Stephan Voswinkel

No. 4/1994 Einführung in Windows 3.1; Einführung in Word für Windows 2.0.

Thomas Bruns, Günter Winter

Sonderheft 1, erhältlich im Sekretariat Soziologie zum Preise von DM 6,00

No. 5/1994 Einführung in SPSS für Windows.

Peter Höllmer, Günter Winter

Sonderheft 2, 2. Auflage 1994

No. 6/1994 Schnäppchenmärkte. Zu einer schattenwirtschaftlichen Besonderheit.

Christoph Rülcker; Günter Winter

No. 1/1995 Zur Distinguierung des sinnlichen Geschmacks: Von der Lust zur Krise der Gourmets.

Andrea Dederichs

No. 2/1995 Studienfach als Differenzierungsmerkmal. Ein empirischer Beitrag zur Analyse studentischer Lebenswelten.

Josef Köster

No. 1/1996 Arbeitslosigkeit und Sucht: Eine qualitative Studie zu Suchtkarrieren von Arbeitslosen. Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit:

Thomas Schweer (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Gabriele Klein, Thomas Bongartz, Klaus Gröhnke

No. 2/1996 Soziale Netzwerke bei Langzeitarbeitslosen.

Forschungsgruppe Langzeitarbeitslosigkeit: Klaus Gröhnke (inhaltlich verantwortlich), Hermann Strasser, Thomas Bongartz, Gabriele Klein, Thomas Schweer

No. 3/1996 Lohnemanzipation in Europa: Synoptische Beurteilung der Gleichstellung abhängig beschäftigter Männer und Frauen nach ihren Durchschnittsverdiensten in der Europäischen Union.

Wolfgang Gerß

No. 4/1996 Am Fordismus vorbei: Bauwirtschaft und Gastgewerbe in Deutschland und Frankreich.

Stefan Lücking, Stephan Voswinkel

No. 5/1996 Generationensolidarität oder Altenmacht - Was trägt (künftig) den Generationenvertrag? Zur politischen Soziologie der staatlichen Alterssicherung.

Jürgen Krüger

No. 1/1997 "Pumps, leider zu klein...": Eine empirische Studie über den privaten Gebrauchtwarenhandel via Offertenblatt.

Birgit Kunde, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander

No. 2/1997 Leistungen und Leistungspotentiale älterer Menschen, Bilanz und Perspektiven des intergenerationalen Lastenausgleichs in Familie und sozialem Netz, Tagungsband.

Dieter Grunow, Sylvia Herkel, Hans J. Hummell (Hrsg.)

No. 3/1997 Merkmalsraumbildung und Differenzierung von mehrstelligen Variablen.

Günter Winter

No. 4/1997 Determinanten der Studiendauer: Differenzen zwischen Studierenden verschiedener Fachbereiche? Ein Zwei-Gruppen-Test.

Josef Köster, Uwe Matzat

No. 5/1997 Die Arbeitsplatzsuchstrategien von Arbeitslosen.

Forschungsprojekt Langzeitarbeitslosigkeit.
Klaus Gröhnke, Hermann Strasser

No. 1/1998 Arbeitszeitverkürzung, Entgelt und Beschäftigung.

Gerhard Bosch

No. 2/1998 “Marxloh”. Ansichten über einen Duisburger Stadtteil.

Thomas Rommelspacher, Christoph Rülcker, Ansgar Schulz-Kleyenstüber, Uwe Zander

No. 1/1999 Marktphilosophien in der Beschäftigungskrise . Zu den Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsannahmen im Ersten und Zweiten Arbeitsmarkt.

Achim Trube

No. 2/1999 Der große Zapfenstreich. Eine soziologische Analyse eines umstrittenen Rituals.

Ulrich Steuten

No. 3/1999 Sozialwissenschaftliches Praktikum in der amtlichen Statistik. Fallbeispiel: Ergebnisse politischer Wahlen und Strukturmerkmale der nordrhein-westfälischen Gemeinden.

Wolfgang Gerß

No. 4/1999 Arbeiten für gute Zwecke. Organisation und Beschäftigung im Dritten Sektor.

Ingo Bode, Achim Graf

No. 5/1999 Bedingungen und Möglichkeiten kreativen und innovativen Handelns: Die wechselseitige Strukturierung von Subjekten und Organisationen. Ideenskizze und Bestandsaufnahme.

Ursula Holtgrewe

No. 1/2000 Rationalisierung im Dienstleistungssektor – Strategien und Probleme: Ein Literaturbericht.

Bernd Bienzeisler

No. 1/2002 Arbeitsmarkt und soziales Kapital: Eine komprimierte Darstellung theoretischer Grundlagen und empirischer Befunde.

Peter Runia

No. 2/2002 Kurzstudie zu einer Todesfallstatistik über Kinder und Jugendliche in Münster/Westf.: Eine Erhebung zu Todesfällen für den Zeitraum 1991-1998.

Jürgen Guggenmos, Sigurd Matz

No. 3/2002 Transformationspfade intermediärer Wohlfahrtsproduktion: Die Entwicklung der Caritas im deutsch-französischen Vergleich.

Ingo Bode

No. 4/2002 Vom Payer zum Player – Oder: Krankenkassen im Wandel. Der Fall der AOK und ein vergleichender Exkurs nach Frankreich.

Ingo Bode

No. 5/2002 Methoden und Konzepte wissensintensiver Dienstleistungsarbeit. Arbeitsberichte eines Hauptseminars.

Karen Shire, Bernd Bienzeisler

No. 1/2003 Unsichere Beschäftigung – unsichere Integration? Auswirkungen destandardisierter Beschäftigung auf die Einbindung in Familie und soziale Netzwerke.

Martin Diewald, Michael Eberle

No. 2/2003 Erwerbsbiographien von Männern und die sozialen Beziehungen zu Verwandten und Freunden.

Martin Diewald

No. 3/2003 Die Verbreitung des Crackkonsums in Nordrhein-Westfale aus der Sicht von Rauschgiftfahndern: Eine explorative Studie

Thomas Schweer

No. 4/2003 Der Zwang zur Toleranz oder
Die gesellschaftliche Bedeutung der Political Correctness

Roelf Bleeker-Dohmen

No. 5/2003 Die Regulierung der Zeitarbeit in Deutschland – Vom Sonderfall zur Normalbranche

Katrin Vitols

No. 1/2004 Russlanddeutsche und die Polizei in Duisburg: Zum Vertrauen russlanddeutscher Spätaussiedler in die Polizei

Steffen Zdun

No. 2/2004 Polizisten und Asylbewerber in Duisburg

Marion Lillig

No. 3/2004 Nutzung von Daten der historischen Statistik in Lehrforschungsprojekten

Wolfgang Gerß

No. 4/2004 Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“
Eine Untersuchung zweier Stadtteile in Nordrhein Westfalen

Günter Bell